Donnerstag, 8. November 1923. **Einzelnummer 10000 Mark.** 62. Jahrgang. **Nr. 254.**

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 105 000, in den Ausgabestellen 107 000, durch Zeitungsboten 108 000, im Postamt inkl. Postgebühren . . . 115 800, ins Ausland 150 000 poln. M. in deutscher Währ. nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . . 5000 M. Reklameteil 12 000 M.
Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil . . 5000 p. M., Reklameteil . 12 000 p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Der angebliche Generalstreik und seine Folgen.

(Warschauer Sonderberichte des „Pos. Tagebl.")

Wie wir vorausgesagt haben, hat die Proklamation des Generalstreiks nicht die allgemeine Arbeitsniederlegung zur Folge gehabt, sondern — auch das haben wir vorausgeahnt — sie stiftet nur Verwirrung. Das seit einer Woche in allen möglichen Bezirken Polens herrschende Durcheinander der Streiks hat in den letzten Tagen wohl der allgemeinen Neigung Platz gemacht, die Arbeit wieder aufzunehmen, aber an einzelnen Orten dauerten doch die Lokalstreiks fort. So vor allem in Krakau, wo man nicht recht wußte, ob nun eigentlich die Post- und Telegraphenbeamten sich wieder an die Arbeit machen wollten oder nicht. Sie kamen zum Teil in die Bureaus, anderenteils blieben sie weg. An einzelnen Orten kam es auch zu Terrorakten, so z. B. an der Verbindungsbahn zwischen Wilna und Lap, wo ein Überfall auf Arbeitswillige recht blutig verlief. Besonders beunruhigende Nachrichten liefen aus Oberschlesien ein. Es wird gesagt, daß dort ein besonders einschneidender Streik auf allen möglichen Gebieten zu erwarten sei, falls man in Warschau mit der Regierung nicht einig werde. Sehr ernst war es auch, daß die Nationale Arbeiterpartei sich der Generalstreik-Parole anschloß. Die Regierung hat nun die schärfsten Vorbereitungsmaßregeln getroffen. Auf den wichtigeren Bahnhöfen wurde Militär und Polizei stationiert. Auf dem Hauptbahnhof in Warschau steht seit Sonntag ein ganzer Zug mit Soldaten und Offizieren. Die jungen Leute, die sich der Technischen Nothilfe zur Verfügung gestellt hatten, wurden schleunigst einberufen. Die Regierung ließ ansagen, daß sie sofort die wichtigeren Betriebe mit Hilfe dieser Arbeitswilligen weiterführen lassen werde, falls die Arbeiter die Werkplätze verließen, und sie versicherte, daß sie in der Lage sei, alle Arbeitswilligen zu schützen. Nun kam der Montag und der angekündigte allgemeine Schrecken blieb aus. Soweit sich gegenwärtig die Lage überblicken läßt, ist der Verkehr im Warschauer Bahnhof trotz des Generalstreiks nicht geringer als in den letzten Tagen. Allerdings normal ist er immer noch nicht, aber die Regierung teilt mit, daß jetzt 75 Prozent aller Güterzüge wieder im Verkehr seien. Die Gasarbeiter streiken, ebenso die Arbeiter der Wasserwerke. Am Montag abend gab es in den höheren Stockwerken kein Leitungswasser. Auch streikte ein Teil der Arbeiter der Elektrizitätswerke. Aus Krakau kommt die Meldung, daß dort die Gas- und Elektrizitätswerke stilliegen, und daß deshalb auch die Zeitungen dort nicht erscheinen konnten. Der Streik der Postbeamten hat dort angeblich aufgehört, aber die Briefe kommen nicht an.

Die Verhandlungen zwischen Arbeitern und Regierung.

Die Verhandlungen zwischen den sozialistischen Führern und der Regierung dauern ununterbrochen fort. Vor allem wichtig waren die Verhandlungen des Vizevorsitzenden des Kabinetts Korfanty mit dem Abgeordneten Kuryłowicz. Am Montagabend waren die Verhandlungen so weit fortgeschritten, daß die Regierung die Zurücknahme der Militarisierung der Eisenbahner zusagte und ferner sich damit einverstanden erklärte, daß die Standgerichte in Krakau wieder beseitigt würden. Die Regierung verlangte allerdings, daß sich die Streikenden mit der Entlassung von 40 000 Beamten der Bahnen einverstanden erklären sollen, wobei selbstredend vor allem die beim Streik Beteiligten für die Entlassung in Frage kämen. Die Regierung will diese Gelegenheit benutzen, um die allerdings viel zu große Zahl der Bahnbeamten zu reduzieren. Das allgemeine Sparsamkeitsprogramm macht die Maßregel nötig. Die Führer der Sozialisten widersetzen sich dieser Forderung. Sie verlangen unbedingte Amnestie, aber es scheint, daß sie einer späteren allmählichen Entlassung von überzähligen Beamten nicht widersprechen würden. Somit ist anzunehmen, daß ein Einvernehmen zwischen Korfanty und den Sozialisten unmittelbar bevorsteht, und somit dürfte der Streik in Wirklichkeit sein Ende schon erreicht haben. Allerdings bleibt dann immer noch die sehr ernste Frage der Löhne der Lokomotivführer bestehen. Man hat ihnen nun eine Zulage zugebilligt, nach der sie ungefähr 9 bis 10 Millionen im Monat erhalten. Sie fordern etwa das Doppelte und gleichzeitig Regulierung der Löhne nach der Teuerungsziffer. Die Regierung, die auf alle Fälle an ihrem Sparsamkeitsprogramm festhalten möchte, will diese Löhne, wie es scheint, nicht bewilligen.

Ende des Streiks.

In den Nachmittagsstunden des Dienstags **kam es, wie die** Polnische Telegraphen-Agentur meldet, zu einer Verständigung zwischen der Regierung und den Vertretern der streikenden Arbeiter, durch die der allgemeine Streik, insbesondere der Eisenbahnerstreik und der teilweise Poststreik, beigelegt wird. Nach der „Agencja Wschodnia" hat der „Robotnik" ein Sonderblatt ausgegeben, das von der Beilegung des Streiks Kenntnis gibt. Der in Frage kommende Abschnitt lautet: „Da die Regierung in der Person des Ministerpräsidenten Witos den Vertretern der Sozialistenpartei erklärte, daß sie bereit sei, **die Verfügung über die Standgerichte und die Militarisierung der Eisenbahnen zurückzuziehen** und die wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner und Postangestellten, wie überhaupt der Staatsangestellten, wohlwollend zu prüfen, und daß sie bei der Annahme von Eisenbahnern und Postangestellten, die sich zur Arbeit melden, sich nur von sachlichen Rücksichten leiten lassen werde, hat der Vollzugsausschuß der Sozialistenpartei im Einvernehmen mit dem Zentralkomitee der Berufsverbände **beschlossen, den Generalstreik abzurufen**

Eine Bombenexplosion in Warschau.

Am Montag vormittag explodierte in Warschau eine Bombe, die von unbekannter Hand unter die Tür des Hauses gelegt worden war, in dem sich die Geschäftsräume des Hauptvorstandes der Polnischen Sozialistenpartei befinden (Aleje Jerozolimskie Nr. 6). Ein Mann, der gerade neben der Tür stand, wurde durch die Explosion sofort getötet.

Blutige Zusammenstöße der Streikenden mit Polizei und Militär in Krakau.

Nachdem es in Krakau schon am Montag vormittag zu Zusammenstößen der Ausständischen mit der Polizei gekommen war und zwei Polizeibeamte Verwundungen davongetragen hatten, ging die erregte Menge am Montag nachmittag erneut gegen Polizisten vor, so daß Militär zu Hilfe gerufen werden mußte. Erst am späten Abend wurde die Ruhe wiederhergestellt. Da die Angestellten des Elektrizitätswerks und der Gasanstalt streiken, liegen die Straßen im Dunkeln. Sie wurden von starken Polizei- und Militärabteilungen bewacht.

Am Dienstag vormittag versammelte sich eine große Arbeitermenge vor der Redaktion des „Naprzód". Es kam zu einem tätlichen Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und einer vorübermarschierenden Militärabteilung, die von den Arbeitern entwaffnet wurde. Als den Soldaten andere Truppenformationen zu Hilfe eilten, entstand eine regelrechte Schlacht. Es gab Tote und Verwundete. Kurz vor 1 Uhr wurde die Ruhe wiederhergestellt.

Soldaten übergeben den Arbeitern ihre Waffen.

Die Vorgänge in Krakau gewinnen eine besondere Bedeutung, wenn richtig ist, was ein Extrablatt des „Robotnik" darüber meldet. Dort heißt es:

„Vor dem Krakauer Arbeiterhause wurden von der Polizei Schüsse abgegeben. Hierauf gingen die Arbeiter gegen die Polizei vor und entwaffneten sie. Nun griff Militär ein, worauf es zu einer ernsten Schießerei kam, bei welcher der Rittmeister Bochenek getötet wurde. Nach einiger Zeit ertönte der Ruf: „Es lebe Piłsudski!", worauf das 8. Ulanen-Regiment die Waffen niederlegte. Ein gleiches taten dann die Kattowitzer und ostgalizischen Infanteristen. Die Arbeiter brachten ihre gefangenen Soldaten ins Volkshaus und versorgten sie hier mit Brot. Es wurden von den Arbeitern 8 Maschinengewehre und ein Panzerautomobil erobert. Inzwischen wurden mit dem Wojewoden Gałecki und den Abgeordneten Marek und Bobrowski Verhandlungen geführt. Er nahm die Bedingungen der Arbeiter auf sofortige Zurückziehung des Militärs und der Polizei aus den Straßen an. Die Arbeiter bildeten hierauf einen Selbstschutz. Augenblicklich herrscht Friede. Bei den Kämpfen gab es 29 **Tote und mehr als 200 Verwundete.** In Borysław schoß die Polizei mit Maschinengewehren während einer Versammlung von Arbeitern. Zwei Arbeiter wurden getötet."

Der schwere Ernst dieser Vorgänge läßt sich nicht leugnen.

Die Folgen der Vorgänge in Krakau.

Krakau, das schon während des vorigen Streiks der schlimmste Gärungsherd war, war jetzt der einzige Ort, in dem es immer wieder zu Streiks der Post- und teilweise auch der Telephon- und Telegraphenbeamten kam. Und infolge der unruhigen Stimmung hat der General Czikier Standgerichte eingeführt. Nun ist es in Krakau zu außerordentlich schweren Vorfällen gekommen, über deren ganze Tragweite im Augenblicke die genaueren Nachrichten noch mangeln. Es scheint festzustehen, daß streikende Arbeiter, wahrscheinlich auch Pöbel, durch die Straße zog und daß zunächst einmal nur die Wagen mit Lebensmitteln angefallen wurden. Es wurde Militär und Polizei mobil gemacht. Schließlich begann, wie es stets bei solchen Gelegenheiten geht, die anschwellende, von allerhand radaulustigen Elementen durchsetzte Menge, Tatenlust im größeren Stile zu zeigen, und so ging es gegen das Kaffee „Byzanz" los, in dem angeblich die „Schieber" ihre Rendezvous haben. Hierbei stieß man auf Polizei und Militär mit Karabinern und Maschinengewehren. Und nun begann an allen Ecken und Enden der Kampf in großem Stile, wobei es Tote und viele Verwundete gab. Auch ein Ulanen-Rittmeister befindet sich unter den Getöteten. Das Schlimmste aber scheint zu sein, daß es den Aufrührerischen gelang, ein oder zwei Kompagnien Soldaten zu entwaffnen. Eine sichere Bestätigung dieser Nachricht haben wir noch nicht, aber sie scheint wahr zu sein, denn der in Krakau stationierte General Czikier erhielt vorläufig seine Entlassung, und eine Untersuchung über die Vorfälle ist im Gange. Ein ähnliches Schicksal trifft den Wojewoden Gałecki. Inzwischen wurde über die Zurückziehung des Militärs verhandelt, die von den Streikführern auf das Nachdrücklichste verlangt wird, und es scheint, als solle diese Forderung erfüllt werden.

General Żeligowski militärischer Diktator in Krakau?

Nach Meldung eines polnischen Blattes soll Ministerpräsident Witos Vertretern der Sozialisten erklärt haben, daß die militärische Leitung in Krakau der General Żeligowski übernehmen werde, der mit einem bevollmächtigten Sonderdelegierten des Innenministeriums besondere Vollmachten erhalten soll.

Kämpfe in Borysław.

Dienstag mittag demonstrierten Arbeiter vor dem Arbeiterhause in Borysław. Es kam zum Kampf zwischen ihnen und Soldaten. Der Kampf forderte Opfer an Toten und Verwundeten. Vermißt wird unter anderm der Führer der Sozialisten, Chwiński.

Entwaffnung der Polizei in Tarnow.

In Tarnow, wo der Generalstreik sehr stark um sich gegriffen hatte und ein gewaltiger Umzug trotz des Verbotes abgehalten wurde, schritt die Polizei zu Fuß und zu Pferde ein. Sie suchte die Demonstranten zurückzutreiben, als sie auf das Haus des Starosten losmarschierten. Aber die Menge brach sich Bahn, und auch hier wurde im Kampfe die Polizei entwaffnet.

Beschlagnahme von Zeitungen.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur mitteilt, hat das Regierungskommissariat der Stadt Warschau die Nummer 300 (3. November) des „Robotnik" wegen Veröffentlichung eines Aufrufs zum Generalstreik sowie wegen einer Notiz betr. den Postbeamtenstreik in Warschau beschlagnahmt und gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Blattes ein Gerichtsverfahren anhängig gemacht.

Wegen Mitteilungen über den obenerwähnten Streikaufruf wurden die Lodzer Abendblätter „Expreß Wieczorny" und „Kurjer Wieczorny" beschlagnahmt. Der in Warschau erscheinende „Przegląd Wieczorny" ist tags vorher beschlagnahmt worden. Den Grund sollen Notizen über den Eisenbahnerstreik bilden.

Ein Mittel gegen Beschlagnahme.

Die Nr. 44 des in Krakau erscheinenden Wochenblattes „Chłopski Sztandar" (Organ der galizischen Wyzwolenie-gruppe), das in kurzer Zeit sechsmal beschlagnahmt worden war, hat unter dem Titel den Zusatz: „Gedruckt als Sejminterpellation des Dr. Josef Putek und Genossen vom volksparteilichen Klub „Wyzwolenie" vom 23. Oktober 1923."

In Südslawien, Italien, Asien und anderswo.

Eine gute und heilsame Verordnung ist in Südslawien erlassen worden. Der Innenminister hat an sämtliche Obergespane eine Verordnung erlassen, die sich gegen das herausfordernde Benehmen der Mitglieder nationaler Organisationen den Angehörigen der Minderheit gegenüber wendet. Das werde damit begründet, daß die Angehörigen der nationalen Minderheiten nicht loyal und verläßlich wären. Die Gesetze sicherten aber den Minderheiten volle Gleichberechtigung und Freiheit. Demzufolge könnten solche Angriffe nur als rohe Gewalt betrachtet werden, die in keinem Rechtsstaat geduldet werden könnten, um so mehr, als ein solches Vorgehen nur geeignet sei, das nationale Selbstbewußtsein der Minderheiten zu wecken. Gegen wirklich illoyale Staatsbürger hätten die Staatsbehörden nach dem Gesetz vorzugehen, nicht aber unverantwortliche Elemente nationalistischer Verbände. Solche Angriffe dürften daher unter keinen Umständen geduldet werden, gegen die Täter sei mit aller Strenge der Gesetze vorzugehen. Jeder Terror sei untersagt. „Ausflüchte, daß in den gegebenen Fällen die Täter nicht ermittelt werden können, betrachte ich als wissentliche Verletzung der Amtspflicht von seiten der Amtsorgane, die ich für die Dienstleistung im Polizei- und Verwaltungsdienst als unfähig erklären und gegen die ich mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgehen werde." In ähnlicher Weise, so heißt es weiter, werde der Innenminister gegen alle Kreis-, Gebiets-, Komitats- und Bezirksvorstände vorgehen, wenn sie auf ihrem Gebiet Umtriebe zulassen, die gegen den Staat und die Staatseinheit gerichtet seien. Das ist eine Verordnung, die vorbildlich sein kann, wenn sie durchgeführt wird. Eine ähnliche Sprache möchte man den Innenministern aller Staaten wünschen, die Minderheiten zu regieren haben!

In Italien herrscht der Nationalismus in der Form des Faszismus. Für das Land war die faszistische Regierung Mussolinis bisher segensreich. Leider hat aber die italienische Regierung in den neuerworbenen deutschen Alpenländern manche sonderbar anmutenden Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit getroffen. Ihr Schulwesen wird ausgemerzt, die deutschen Ortsnamen abgeschafft, und mit allen Mitteln wird versucht, die Tiroler zu Italienern umzustempeln. Selbst die Namen „Tirol" und „Tiroler" werden verboten. Es kommt sogar zu ganz lächerlichen Mißgriffen wie in einem deutschen Gasthaus, wo Stühle mit Adlern verziert waren, denen die Köpfe und Krallen ausgebrannt werden mußten, damit die italienische Polizei sich zufrieden gab.

Dies eigenartige Verfahren findet jedoch bereits bei einsichtigen Italienern Widerspruch. Ein deutliches Zeichen davon ist ein Aufsatz der großen Turiner Zeitung „Stampa", die eine Korrespondenz aus Bozen veröffentlicht, in der die deutsche Irredenta in den neuitalienischen Gebieten als winzig und ungefährlich bezeichnet wird. Die „Stampa" gebraucht für das Land den Namen Tirol, der bekanntlich den Deutschen und den deutschen Zeitungen in Tirol selbst aufs strengste verboten ist. Sie bezeichnet es als eine Torheit, daß man der alten Zeitung „Der Tiroler" verboten habe, diesen Namen weiterzuführen und nennt den Protest des „Landsmann" gegen diese Vergewaltigung würdig und ernst. Der Staat müsse jeden bestrafen, der seinen Bestand anzugreifen wage, aber er dürfe nicht die Methode haßerfüllter Verfolgung wählen, sondern müsse dem rein deutschen Teil der Provinz Trient auch eine größtmögliche Verwaltungsautonomie geben. Der Staat dürfe auch niemals die platonische Aspiration der Bürger, nicht dem Staate anzugehören, bestrafen, sondern er müsse sie langsam erobern.

Auch in Polen, unserem Heimatlande, wird vielfach eine Politik gegen die Minderheiten getrieben, die mit den klaren Grundsätzen der Verfassung nicht in Einklang zu bringen ist. Die Folge sind Beschwerden vertriebener Bürger nichtpolnischer Nationalität, die dem Ansehen des Landes im Auslande sehr schaden. Selbst in Frankreich hört man Stimmen, die der polnischen Regierung raten, die Minderheiten schonend zu behandeln. Der Pariser „Figaro" macht die Polen darauf aufmerksam, „daß die Achtung vor den völkischen Minderheiten der einzig richtige Weg wäre, um die Rachegelüste der besiegten Staaten niederzuhalten." Wenn wir auch von solchen Rachegelüsten nichts wissen, so unterschreiben wir doch diese Mahnung und zwar deswegen, weil es sich für einen demokratischen Staat ziemt, die berechtigte Eigenart jedes Bürgers zu achten. Wir leben doch nicht in einer Despotie, sondern in einer Republik, deren Verfassung jeder Nationalität das Recht gibt zur freien Entwicklung ihrer Eigentümlichkeiten. Siehe Artikel 109 der Verfassung. Einsichtige und edle Polen geben dies ohne weiteres zu.

Ein Beispiel bietet uns der Artikel eines Herrn G. Emeryk, der in der einzigen in Asien (in Charbin in der Mandschurei) erscheinenden polnischen Wochenschrift „Tygodnik Polski" auch die Frage der anderen Nationalitäten in Polen berührt. Man sieht, daß dieser in weiter Ferne lebende Pole die Fehler, die jetzt in seiner Heimat gemacht

werden, objektiver und von höherer Warte aus zu beurteilen vermag als viele seiner Volksgenossen hierzulande. Er sagt u. a.:

„Fortwährend hören wir Klagen über unsere Feinde mit der Beifügung „groß", „größte". Diese Feinde, das sind Juden, Deutsche, Freimaurer, Ruthenen, Weißrussen, welche in verräterischer Weise uns an der Entwicklung unserer moralischen und wirtschaftlichen Kräfte verhindern. Unzweifelhaft haben wir einen Feind im organisierten Judentum, haben einen geschichtlichen Feind im Germanentum und werden ihn haben, so lange Deutsche und Slawen bestehen werden" — für diese Behauptung bleibt uns allerdings der Verfasser den Beweis schuldig —, „wir haben Feinde in den Agitatoren der völkischen Minderheiten: Petruszewicz, Galvanauskas u. a. Welcher Staat, welches Volk auf Erden ist so glücklich, daß es keine inneren und äußeren Feinde hätte? Es scheint, daß es ein solches glückliches Volk nicht gibt . . . Schlagen wir uns jedoch an die Brust und bekennen wir unsere Schuld. Nicht die Juden, nicht die Deutschen, nicht die stammverwandten Völker, mit welchen uns ein mehr als fünfhundertjähriges Zusammenleben verbindet, sind unsere größten Feinde. Dieser Feind sind wir selbst. Kein Volk der Erde ist zu größeren Opfern fähig als wir Polen . . . Aber nicht in dem liegt die Erlösung; für das Vaterland muß man nicht nur zu sterben wissen, sondern auch zu leben. Und diese Kunst, die Kunst, für das Vaterland zu leben, ist zumindest für uns schwerer als die erstere, wir sind zu dieser zu wenig vorbereitet. Für das Vaterland zu leben, das heißt Bürger seines Landes zu sein. Ein Bürger ist jedoch der, der das allgemeine Wohl der ganzen Gesellschaft oder des Landes über das persönliche Interesse stellt, wer sich eins fühlt mit der ganzen Gemeinschaft, ohne Unterschied der Herkunft, des Berufes, der gesellschaftlichen Stellung, der Vermögenslage, ja selbst des Bekenntnisses, wenn die Bekenner einer anderen Religion gute Bürger ihres Landes sind."

Dann wendet sich der Verfasser gegen die Mißachtung des Gesetzes, die noch aus der Knechtschaft Polens herrührt, die Hinterziehungen von Zöllen und Steuern, die Abneigung und Geringschätzung der verschiedenen Stände untereinander. Er schließt mit Worten, die der Beherzigung wert sind: „Ein Staat, gestützt auf Recht, ein Staat, bestehend aus Bürgern, durchdrungen vom Geiste der Pflicht und der Einigkeit, erweckt Achtung, als unbesiegbare sittliche Kraft und zugleich auch wirkliche Kraft. Und dann wird kein innerer und äußerer Feind uns schrecklich erscheinen, weil neben uns, im Falle der Notwendigkeit, sich immer Verbündete finden werden, die von dem gleichen Geiste und denselben Idealen des Rechtes und der Gerechtigkeit durchdrungen sind, auf die sich ihre Freiheit stützt."

Die deutschen Staatsbürger Polens haben mehrfach durch die Tat bewiesen, daß sie Bürger ihres Landes sein wollen. Es sei nur erinnert an die jüngst gemeldete Opferwilligkeit der deutschen Großindustriellen in Oberschlesien, die große Werte für den Staat zur Verfügung stellten und sogar von der Polnischen Telegraphenagentur den polnischen Industriellen als Beispiel vor Augen gestellt wurden. Die deutschen Staatsbürger Polens hoffen und erwarten, daß angesichts solcher Beweise guten Willens, die übrigens auch von anderen Teilen der deutschen Bevölkerung bereits gegeben wurden, eine Wendung in der Regierungspolitik gegenüber den Deutschen eintritt. Wir erwarten, daß endlich Ernst gemacht wird mit der Behandlung der Deutschen als Bürger, die die gleichen Rechte haben wie alle anderen, daß nicht das verwerfliche Beispiel der Faszisten, sondern die klugen Maßnahmen der südslawischen Regierung unserer Warschauer Regierung als Beispiel dienen mögen. Es wird der Schaden des polnischen Staates und Volkes nicht sein.

Republik Polen.

Personaländerungen im Außenministerium.

Der Unterstaatssekretär im Außenministerium Henryk Straßburger ist von seinem Posten zurückgetreten. Zum Unterstaatssekretär wurde der Sejmabgeordnete Dr. Marjan Seyda ernannt.

Die Steuervorauszahlung der oberschlesischen Industrie.

Die oberschlesische Industrie hat, wie wir erfahren, sich bereit erklärt, die bereits zugesagte Summe als Steuervorauszahlung, die bisher auf 50 Millionen Schweizer Franks normiert war, noch weiter zu erhöhen, allerdings gegen einige Bedingungen, die jedoch ohne besondere Schwierigkeiten zu erfüllen sind.

Eine neue deutsche Zeitung.

Im Verlage und bei verantwortlicher Zeichnung des Stadtverordneten Ludwig Kuk in Lodz sind am 28. 10. und am 4. 11. die ersten beiden Nummern einer neuen deutschen Wochenzeitung, der „Lodzer Volkszeitung", erschienen. Das neue Blatt, das als nichtoffiziöses Organ der Deutschen Arbeitspartei in Lodz angesehen werden muß, will zugleich die Interessen der werktätigen Bevölkerung und der deutschen Minderheit in Polen verfechten.

Die Dienstagsitzung des Sejm.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Während sich die wichtigsten Vorgänge außerhalb des Sejm abspielten, begann dieser mit der Vorlage einer Reihe von Interpellationen, die an die Ausschüsse verwiesen wurden. Hierzu gehört eine jüdische wegen ungerechter Verhaftungen, eine der Regierungsparteien wegen des Streikes, und eine von seiten der „Wyzwolenie", weil ein Lokomotivführer in seiner Wohnung verhaftet und von der Polizei verprügelt worden war. Die Reden, die dann von seiten der Parteien der Linken gegen die Budgetrede Kucharskis gehalten wurden, begannen damit, daß dem Minister Buchhalterkunststücke vorgeworfen wurden. Ein Mitglied der Partei „Volkseinheit" erklärte sogar, die Regierung vermehre mit ihren Methoden, die er als zaristische bezeichnete, die im Volke bestehende Gärung. Auch Rudziński von der „Wyzwolenie" fand heftige Worte gegen die Rede Kucharskis, die er einer detaillierten ziffernmäßigen Kritik unterzog. Zdziechowski von der Rechten fordert, daß jeder seine Steuern zahle, dann werde sich das von Kucharski aufgestellte Budget schon als richtig erweisen. Żuławski (Sozialist) rechnet mit der ewigen Losung der Nationaldemokraten ab, die stets behauptet, daß das Kapital in den Händen der Deutschen und der Juden sei. Man solle doch einmal einen tieferen Blick in die Banken tun, und es werde sich zeigen, wie sehr hierbei die Herren der Nationaldemokratie beteiligt seien. Man denke nur — an Korfanty! Kwiatowski (Chr.-Dem.) sagt, daß das Budget keine Neuerungen bringe, die man auch gar nicht erstrebe, sondern man wolle praktisch und wohldurchdacht das Vorhandene durchführen und die in anderen Ländern erprobten Mittel anwenden. Die Valutareform aber werde das Heil nicht bringen, denn ein finanziell so schwaches Land wie Polen, das wirtschaftlich so desorganisiert sei, könne nicht ohne weiteres eine neue Valuta schaffen. Man

Höchste Alarmbereitschaft in Berlin.

Aufruf an das Volk. — Vorbereitung der Abwehr gegen die äußerste Rechte. — Demokraten und Zentrum wollen von den Deutschnationalen nichts wissen. — Jarrès Minister des Innern. — München für eine Rechtsdiktatur im Reich.

Der Reichspräsident Ebert und der Reichskanzler Stresemann im Namen der Reichsregierung erließen am Montag, dem 5. November, einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem es u. a. folgendermaßen heißt:

„In schwerster Lage drohen dem Reich innere Erschütterungen. Gewisse, wenn auch nicht zahlenmäßig starke Kreise versuchen, gestützt auf die Notlage unseres Volkes, einen ungesetzlichen Druck auf die Staatsgewalt auszuüben und vielleicht sogar die Brandfackel eines Kampfes Deutscher gegen Deutsche in das deutsche Haus zu werfen.

Jede Erleichterung unserer außenpolitischen Lage ist, wie wir wissen, davon abhängig, daß diejenigen Völker und führenden Persönlichkeiten, die Deutschlands unerträgliche Notlage erkannt haben und Deutschland helfen wollen, nicht am deutschen Volke verzweifeln, wenn sie sehen, daß es sich in einer solchen Zeit gegenseitig zerfleischt . . .

Die deutsche Regierung besitzt die Machtmittel, um jedem Putsch mit Erfolg zu begegnen und die Verfassung des Reiches zu schützen. Die Reichswehr und die Schutzpolizei werden, getreu ihrem Eide, ihre Pflicht tun. Die Reichsregierung vertraut fest darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und ihren Willen aufgezwungen werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschlossen für die Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten wird."

Außerdem wird in dem Aufruf darauf hingewiesen, wie ungünstig ein innerer Kampf auf die Rheinländer wirken müsse, die im schwersten Kampf gegen die bezahlten Separatistenhorden stehen.

Das Echo bei den Parteien.

Die Demokraten und das Zentrum, nicht hingegen die Deutsche Volkspartei, werden als republikanische Parteien Aufrufe erlassen, in denen die Bevölkerung zum Schutze der Republik aufgefordert werden soll. Die Aufrufe werden alle verfassungstreuen Schichten der Staatsbürger auffordern, sich hinter die Republik zu stellen. Im Anschluß an die republikanischen Parteien werden auch die Spitzengewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten einen gemeinsamen Aufruf erlassen, in dem sie ihre Mitglieder auffordern, sich zum Schutze der Republik bereit zu halten.

Der „Vorwärts" fordert die Regierung auf, „denen, die als Soldaten für die Republik kämpfen wollen", das heißt den roten Hundertschaften, Waffen in die Hände zu geben. Der Reichskanzler hat sich freilich in mehreren Besprechungen gegen eine derartige Maßnahme ausgesprochen. Die Reichswehr sei stark genug, um etwaiger Unruhen allein Herr zu werden.

Die Haltung des Zentrums und der Demokraten.

Die Mehrheit der Zentrumsfraktion scheint auf ein Kabinett Stresemann auf der Basis der Rumpfkoalition hinzuarbeiten. Die Demokraten halten Beratungen für nötig, ob man überhaupt mit Stresemann als Reichskanzler weiterarbeiten solle. Demokraten und Zentrum sind so eingeschworene Gegner der Rechtsparteien, daß es für sie schon ein Opfer bedeutete, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten. Das für das Zustandekommen einer bürgerlichen Einheitsfront nötige Zusammengehen mit den Deutschnationalen halten sie für ein Opfer, das sie unter keinen Umständen bringen wollen. Eine rein bürgerliche parlamentarische Regierung machen diese Parteien dadurch unmöglich, eine außerparlamentarische Diktatur Stresemanns wollen sie nicht, eine Diktatur der Rechten erst recht nicht, ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten, die ihnen am nächsten liegende Lösung, aber ist auch nicht mehr möglich. Eine positive Beantwortung der Frage, was jetzt zu geschehen hat, wird den Demokraten daher wesentlich schwerer fallen als die negative Erklärung: Kein Zusammengehen mit den Deutschnationalen.

In ähnlicher Situation befindet sich aber auch das Zentrum, dessen Bestreben darauf hinzielt, eine parlamentarische Basis für die Regierung so lange als irgend möglich zu erhalten. Das Zentrum fürchtet den Weg der Diktatur und hat seine Gründe dafür. Es ist nur die Frage, ob die Diktatur nicht doch über kurz oder lang kommt und es daher klüger ist, rechtzeitig die Schleusen zu öffnen, um die Fluten in die gewünschten Kanäle zu leiten.

Vorläufig keine Reichstagssitzung.

Die für Mittwoch angesetzte Reichstagssitzung kann wegen der Unklarheit der Lage nicht abgehalten werden. Auch der Auswärtige Ausschuß hat am Dienstag nicht getagt. Der Ältestenrat hat beschlossen, es einer Vereinbarung zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Reichskanzler zu überlassen, wann die nächste Sitzung abgehalten werden soll. Der Ältestenrat hat gleichzeitig den Wunsch ausgesprochen, daß der Reichstag im Laufe der nächsten Woche zusammentritt.

Jarrès Minister des Innern.

Wie wir erfahren, wird von den freigewordenen Ministerposten zunächst der des Reichsministers des Innern wieder besetzt werden und zwar voraussichtlich mit dem früheren Oberbürgermeister von Duisburg Jarrès. **Der Posten eines Ministers für den Wiederaufbau soll nicht wieder besetzt werden.** Hinsichtlich der Wiederbesetzung des Reichsjustizministeriums ist bisher noch keine Entscheidung getroffen worden.

München ist mit der Entwicklung unzufrieden.

Von berufener Münchener Stelle werden folgende Mitteilungen über die in amtlichen bayerischen Regierungskreisen herrschende Auffassung der Lage verbreitet:

„Die Lösung, die die Regierungsfrage im Reiche nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung gefunden hat, hat in München enttäuscht. (Anscheinend betrachtet man in München die Ergänzung des Kabinetts durch neue parteilose Männer als die endgültige Lösung Berlins.) **Nach hiesiger Auffassung gibt man sich in Berlin einer Täuschung hin, wenn man glaubt, mit einer der Schwere der Aufgabe nicht gerecht werdenden Zwischenlösung Reich und Volk politisch und wirtschaftlich aus dem gegenwärtigen Zustande retten zu können. Man glaubt, daß man in Berlin von den altgewohnten Parteirücksichten absehen müsse, und daß der psychologische Augenblick für eine Einsetzung einer nationalen Diktatur gekommen sei.** (An wen ist eigentlich diese Aufforderung gerichtet? Wer soll diese Diktatur einsetzen?) **Man betrachtet in München die Frage der Regierungsbildung durch den gegenwärtigen Zustand nicht als gelöst, glaubt vielmehr, daß die wirkliche Lösung mehr als je im Vordergrund der politischen Notwendigkeiten steht.**

Erhardt und Ludendorff Führer der bayerischen Sturmtruppen?

Nach gewissen Berliner Meldungen soll Kapitänleutnant Erhardt die Führung der bayerischen Abteilungen an der thüringischen Grenze übernommen haben und Ludendorff, der kürzlich die bayerische Staatszugehörigkeit erwarb, als Generalstabschef fungieren. Das Hauptquartier befindet sich in Koburg, das sich bekanntlich Bayern angeschlossen hat. Es sollen vier Sturmabteilungen zu 1000 Mann, 6 Reserveabteilungen zu 1500 Mann und 4 Pionierbataillone vorhanden sein. Aus Thüringen treffen viele Flüchtlinge in Bayern ein, da gegen Nationalgesinnte in Thüringen ein starker Terror ausgeübt wird.

Uebertriebene Gerüchte!

Die Gerüchte von den Zuständen an der bayerisch-thüringischen Grenze sind nach den letzten Berliner Meldungen nach Versicherung maßgebender Stellen zum Teil stark übertrieben. Zur Beruhigung des Publikums wird versichert, daß seitens der Reichswehr alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden sind, um einen Vorstoß der in Nordbayern versammelten Hitlerschen Leute erfolgreich zu begegnen, sofern er überhaupt beabsichtigt ist. Aus begreiflichen Gründen können nähere Einzelheiten öffentlich nicht angegeben werden. Übrigens beschränkt sich die rechtsgerichtete Bewegung nicht mehr auf Bayern allein, sondern hat sich auch auf andere Reichsteile, zum Teil auch auf rein preußische ausgedehnt.

müsse die Valorisation der Steuer durchführen, entsprechend dem jeweiligen Kurs des Geldes.

Die Sozialdemokraten legten eine Entschließung vor, die die Regierung in heftigster Weise angreift und ihren sofortigen Rücktritt fordert. Der Antrag wurde dem Ausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung am Freitag.

Polen und Sowjetrußland.

Verhandlungen mit Wigdor Kopp.

In Warschau fanden in den letzten Tagen Unterredungen zwischen dem Vize-Außenminister Seyda und dem außerordentlichen Sowjetgesandten Kopp statt, die zum Teil auch durch den polnischen Gesandten in Moskau R. Knoll geführt wurden. Die Unterredungen begannen mit der Feststellung, daß beide Parteien entschieden friedliche Tendenzen verfolgen.

Von der Sowjetregierung wurden vier Punkte aufgestellt:

1. Die Festsetzung der Meistbegünstigungsklausel in den Zollbeziehungen.
2. Präzisierung und Garantierung eines gegenseitigen Handelstransits in Ausführung des Art. 22 des Rigaer Vertrages.
3. Festsetzung der Art und Weise der Durchführung des Art. 13 des Rigaer Traktats betreffend die Auszahlung von 30 Millionen Rubel in Gold durch Rußland, die Polen aus dem Anteil an Goldfonds der früheren russischen Staatsbank gehören.
4. Gegenseitige Auswechslung des Personals im Sinne des Abkommens über die Reparationen. Die polnische Regierung hat ihrerseits ebenfalls die Frage der Beseitigung der Schwierigkeiten erwogen, die mit der Kenntnisnahme der Notifizierung über die Entstehung des Verbandes der sowjetistischen Republiken im Zusammenhange stehen.

Der Transit durch Polen.

Im Laufe der Verhandlungen mit dem Sowjetgesandten Kopp stellte es sich heraus, daß die Sowjetregierung ein entschiedenes Gewicht auf die Frage des Transits aus Rußland nach Deutschland legte, der sie eine politische Bedeutung im Zusammenhange mit einer eventuellen weiteren Entwickelung der Ereignisse in Deutschland beilegte. Der betreffende Vorschlag sieht die Garantierung des freien Transits, unabhängig von den inneren politischen Verhältnissen, in den Ländern des gegenseitigen Exports vor. Von polnischer Seite geht man von dem Standpunkt aus, daß die polnische Regierung unter Berufung auf die **aufrichtig friedlichen Absichten sich grundsätzlich in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten nicht einmischen wolle**, ferner, daß die Frage des Transits eine rein wirtschaftliche Frage sei, aus der sämtliche politischen Momente ausgeschlossen werden müßten. **In dieser Frage wurde von polnischer Seite eine Form in Vorschlag gebracht, in der der Sowjetregierung der freie Transit auf einer ständigen Grundlage im Rahmen des Art. 22 des Rigaer Vertrages gesichert wird.**

Zu einer Verständigung in dieser Frage ist es nicht gekommen, dagegen waren beide Parteien sich einig über die Frage der Änderung des Aufbaues (?) der Sowjetföderation. Die in durchaus friedlichem Geiste geführten Unterredungen trugen einen rein sachlichen Charakter.

Aus der polnischen Presse.

Eine Aufreizung zu faszistischen Maßnahmen.

Im „Kurjer Warszawski" schreibt der Publizist Ralski anläßlich der Vorgänge der letzten Tage: „Der italienische Faszismus zeigt, wie man die Hydra der Anarchie ausrottet. Polen will sich ohne „schwarze Hemden" (Faszisten) der Feinde der Regierung entledigen. Aber im Falle der Not stehen Millionen von Schwarzhemden mit uns auf den Schanzen des Vaterlandes."

Der neue Kurs.

Der an anderer Stelle des heutigen Blattes gemeldete Rücktritt des Unterstaatssekretärs im Außenministerium Henryk Straßburger gibt dem „Kurjer Polski" (Nr. 302) Anlaß zu folgender Betrachtung: „Mit dem Rücktritt des Herrn Straßburger verliert das Außenministerium einen seiner hervorragendsten Beamten. Seit den Friedensverhandlungen in Riga nahm Herr Straßburger an allen internationalen Aktionen der polnischen Regierung hervorragenden Anteil. Schon in der Genuakonferenz errang er sich in der wirtschaftlichen Sektion eine Stellung ersten Ranges unter den Vertretern der Wirtschaftspolitik. In noch höherem Maße war das im Haag der Fall, wo Herr Straßburger eine leitende Stellung in der polnischen Delegation inne hatte. Es war kein Geheimnis, daß sein Wort dort sehr viel galt, besonders in der Frage der Beziehungen der Großmächte zu Rußland. Herr Straßburger war dort in dieser Frage der Hauptsachverständige. Trotz verschiedener Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich wußte er als Vertreter Polens das Vertrauen der Delegationen beider Mächte zu gewinnen und zu behalten, wodurch wohl bewiesen ist, daß Herr Straßburger sich nicht nur durch Fachkenntnisse, sondern auch durch persönliche Gewandtheit und politischen Weitblick auszeichnet. Keine der bisherigen Personaländerungen im Außenministerium zeigt so deutlich den desorganisierenden Charakter dieser Aktion wie die Maßnahmen, die zum Rücktritt des Herrn Straßburger führten."

Ermordung eines südslawischen Diplomaten in Sofia.

Ultimatum Jugoslawiens an Bulgarien.

In Sofia ist am Sonntag ein Anschlag auf einen südslawischen Militärattachee verübt und ein Mitglied der diplomatischen Mission des Königreiches S. H. S. ermordet worden. Daraufhin richtete die Belgrader Regierung am Montag, dem 5. November, an Bulgarien ein Ultimatum, das folgende Sühnemaßnahmen verlangt:

1. Entschuldigung und Ausdruck des Bedauerns der bulgarischen Regierung gegenüber dem diplomatischen Vertreter Südslawiens.

3. Persönliche Erklärung des Bedauerns seitens des bulgarischen Kriegsministers gegenüber dem südslawischen Militärattachee.

3. Militärische Ehrenbezeigung vor der Fahne des Königreichs S. H. S. durch 250 bulgarische Soldaten vor der Gesandtschaft in Sofia.

4. Energische Untersuchung und Nachforschung nach den Tätern.

5. Die Frage der materiellen Entschädigung für den verwundeten Militärattachee und die Familie des Getöteten, sowie für den Staat sollen dem Internationalen Gerichtshof im Haag überwiesen werden.

Zur Ausführung der unter 1 bis 3 angegebenen Forderungen wird ein Zeitraum von 48 Stunden gelassen, gerechnet vom Augenblick der Einhändigung der Note. In künftigen derartigen Fällen will Südslawien die bulgarische Regierung verantwortlich machen.

Meuchelmord, Diebstahl und Vernichtung von Kunstwerken durch das Separatistengesindel.

Heimtückische Ermordung von Polizisten.

In der Nacht vom Sonntag wurden in Ludwigshafen zwei Polizeibeamte, die in der Nähe der Eisenbahnwerkstätte Posten standen rücklings überfallen und beschossen. Der eine Beamte, Krämer, ist tot, der andere erlitt schwere Bauchverletzungen. Als Täter können nur Anhänger der Separatisten in Frage kommen.

„Requisitionen" in Kaiserslautern.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags durchzogen bewaffnete Separatisten in Autos, per Rad und zu Fuß die Stadt und requirierten in verschiedenen Geschäften in der Hauptsache Lebensmittel. Gegen ½4 Uhr fand vor dem Bezirksamt die Ausrufung der freien Pfalz als eines Teiles der Rheinischen Republik statt, wobei der Landwirt Heinz-Orbis, Führer der freien Bauernschaft, eine Ansprache an die Sonderbündler hielt. Die zahlreich versammelte Menge antwortete mit Pfuirufen. Die Separatisten verhängten eine Verkehrssperre von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Ein Friseur Pfaffmann wurde von ihnen zum Bürgermeister ernannt.

Zerstörung von Kunstmöbeln und Rethelfresken im Aachener Rathaus.

Wie die „Kölnische Volkszeitung" meldet, ergab die Besichtigung des Aachener Rathauses ein furchtbares Bild der Verwüstung. Die mit kostbaren antiken Möbeln ausgestatteten Zimmer des Bürgermeisters und des Oberbürgermeisters sind in barbarischer Weise demoliert. Im Kaisersaal des Rathauses sind die herrlichen Fresken Alfred Rethels stark beschädigt worden. Im Regierungsgebäude liegt alles planlos umher. In einem Zimmer wurde noch ein großes Paket mit Notgeldscheinen der Stadt Aachen gefunden, das von den Separatisten fortgenommen worden war und von ihnen überdruckt werden sollte.

(Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß es sich bei den Separatistenbanden um Rowdys gewöhnlichster Sorte, um gemeines bezahltes Gesindel handelt, so liegt er in dieser Meldung. Die Darstellung verschiedener englischer Berichterstatter, die durch Photographien dieses Gelichters bestätigt wurden, hat ihre volle Richtigkeit.)

Die Franzosen unterstützen die Sonderbündler in der Pfalz.

Die Separatisten wollen, wie W. T. B. erfährt, von Kaiserslautern aus die ganze Pfalz erobern. Die Abwehr wird sehr schwer fallen. da die Besatzung die Abwehrposten in den letzten Tagen hat beseitigen lassen.

Der erste Angriff der Separatisten auf das Stadthaus in Kaiserslautern wurde abgeschlagen, das Bezirksamt dagegen befindet sich in ihren Händen. Desgleichen wurde von ihnen die „Pfälzische Presse" besetzt. **Französisches Militär durchzieht die Straßen und säubert dieselben.**

In Speyer wurde **von einer Abteilung der Besatzungstruppen** Sonnabend in den frühen Morgenstunden **das Regierungsgebäude abgesperrt** und das Gebäude selbst einer Durchsuchung unterzogen. Das gleiche geschah im Postamt. Hier wurden **acht Zivilisten, die zum Schutze des Postamts anwesend waren abgeführt.** Ferner verlangte die Besatzungsbehörde, daß die an den Nebeneingängen zum Regierungsgebäude und zum Stadthaus vor einiger Zeit zum Schutze gegen separatistische Überfälle errichteten **Drahtverhaue sofort wieder beseitigt** würden, was dann auch geschah. Gegen 8 Uhr vormittags zog die französische Abteilung dann wieder ab.

(Wie man sieht. kann General de Metz seine Abweisung durch den Pfälzer Kreistag und die Wirtschaftsvertreter nicht verschmerzen. Seine Erklärung. daß er die Hände von der Sache lassen wolle, war nicht ehrlich. Den Separatisten werden die Wege geebnet und die Abwehr der Bürger gegen sie behindert. Das nennt sich „französische Neutralität").

Dr. Dorten taucht wieder auf.

Auf dem Balkon des Landgerichtsgebäudes in Kaiserslautern erschien am Montag **Dr. Adolf Dorten** und hielt eine „Proklamationsrede" für die „Freie Pfalz".

Auch in Königstein Separatistenputsch.

Gestern wurde in Königstein im Taunus (in Hessen-Nassau) von Separatisten unter dem Schutz der französischen Truppen die Rheinische Republik ausgerufen. Die Separatisten besetzten das Rathaus und das Landratsamt. Das Postamt wurde ebenfalls in Besitz genommen, später aber wieder freigegeben. Ein Widerstand der Bevölkerung war nicht möglich.

Ganz Sachsen bleibt von Reichswehr besetzt

Das Dresdener Wehrkreiskommando teilt mit, daß die zurzeit in Gegend Chemnitz, Zwickau und Werdau liegenden Gruppen in den nächsten Tagen zum Teil von dort weggezogen werden. Die Reichswehr wird nunmehr über das gesamte Gebiet des Freistaates Sachsen verteilt werden, um die Ruhe und Ordnung auch in Zukunft aufrecht zu erhalten. Durch Zuteilung von Kraftfahrverbänden ist dafür Sorge getragen, daß die Reichswehr, wenn die Lage es erfordert, auch in Gegenden, die von ihrem Standquartier entfernt liegen, schnell verschoben werden kann. Die Befehlshaber werden in engem Einvernehmen mit den Zivilbehörden arbeiten.

Ebert über das Vorgehen gegen Sachsen.

Reichspräsident Ebert hat bei einem Empfang des Vorsitzenden des republikanischen Reichsbundes, Haenisch, zum Ausdruck gebracht, daß er zu der Verordnung gegen die sächsische Regierung durch das unerhörte provokatorische Verhalten der sächsischen Kommunisten, **das jedem Verfassungsleben geradezu Hohn spreche**, gezwungen worden sei.

Maßnahmen des Reichswehrministers.

Eine Verordnung des Reichswehrministers verbietet auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September alle öffentlichen Beschimpfungen der Reichswehr, sowie öffentliche Verbreitung unwahrer Nachrichten, die geeignet sind, ihr Ansehen in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Zuwiderhandlungen werden nach Maßgabe der genannten Verordnung des Reichspräsidenten bestraft. Zeitungen sind im Übertretungsfalle von dem zuständigen Inhaber der vollziehenden Gewalt auf mindestens drei Tage zu verbieten.

Reichswehrminister Dr. Geßler hat folgende Verordnung erlassen: Auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. September wird **der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte mit Wirkung für das ganze Reich aufgelöst und verboten.**

Reichswehrminister Geßler hat den „Völkischen Beobachter" wegen eines aufreizenden Artikels erneut für das ganze Reich verboten.

Die große oder kleine Koalition in Preußen?

Die Frage. ob die große Koalition in Preußen auch mit der Beendigung der großen Koalition im Reich zu Fall kommen werde oder nicht, ist noch nicht geklärt. Die Haltung der Deutschen Volkspartei ist in dieser Frage offenbar nicht einstimmig. Augenblicklich scheint die überwiegende Auffassung die zu sein, daß die bisherige große Koalition in Preußen, die nun schon seit mehreren Jahren einen stabilen Kurs und verhältnismäßig ruhige und sichere Verhältnisse in Preußen gewährleistet hatte, durch die Krise im Reich nicht erschüttert werden dürfte. Sollte es, wie man jedoch einstweilen noch nicht recht glauben will, zu einem Austritt der Deutschen Volkspartei aus der Koalition in Preußen kommen, dann würden unter Umständen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten die kleine Koalition in Preußen wieder herstellen. Diese drei Parteien verfügen im preußischen Landtag über eine kleine Mehrheit.

Seltsame Unruhen in Berlin.

Im sogenannten Berliner Scheunenviertel im Norden und Osten der Stadt kam es zu langandauernden und ziemlich schweren Ausschreitungen gegen die dort angesiedelten jüdischen Händler aus Galizien und Rußland. Es wurden Galizier angehalten, die dabei beobachtet waren, wie sie Dollarschatzanweisungen zu billigerem Kurse als zum Börsenkurse aufzukaufen versuchten. Trotz energischen Einschreitens der Polizei kam es vielfach zu Mißhandlungen und Beraubungen. Auch sogenannte Entkleidungskommandos traten in Tätigkeit. Die Überfallenen wurden mit größter Geschwindigkeit vom Kopf bis zum Fuß entkleidet und dann unter Johlen und Geschrei nur mit Unterhosen bekleidet laufen gelassen. Von den Überfallenen ist eine Anzahl von Personen durch Messerstiche und Stockschläge recht erheblich verletzt worden. Ein blutiger Zwischenfall spielte sich in der Grenadierstraße ab. Ein Überfallener, der buchstäblich splitternackt ausgezogen worden war, flüchtete sich vor der Menge in das Geschäft eines Schlächtermeisters, der, um ihn zu schützen, mit dem Schlächterbeil den Tumultuanten entgegentrat. Im Handgemenge wurden mehrere Personen verletzt.

Vor dem Lichtenberger Rathaus wollten ungefähr 3000 Erwerbslose demonstrieren. Sie wurden von der Schutzpolizei zerstreut.

Zeitungsverbote in München.

Der Münchener Generalstaatskommissar hat vom 3. November ab den Vertrieb einer Reihe von Berliner Zeitungen, nämlich des „Berliner Börsenkuriers", des „Berliner Tageblattes", der „B. Z. am Mittag", der „Vossischen Zeitung", des „Vorwärts" und auch der „Frankfurter Zeitung" in Bayern verboten, wegen Lügennachrichten über und Hetze gegen Bayern.

Keine Rückkehr des Kronprinzen?

Die Meldung von einer Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland hat sich als verfrüht erwiesen. Über eine Einreisebewilligung für den früheren Kronprinzen sind, wie gemeldet, vor einiger Zeit Besprechungen gepflogen worden, die jedoch zu dem Ergebnis geführt haben, daß man die jetzige Zeit für seine Rückkehr nach Deutschland als ungeeignet hält. (Vielleicht soll dies Dementi nur eine Inkognito-Reise verschleiern helfen.)

Vor dem Uebergang zu Goldlöhnen.

Im Reichsarbeitsministerium wurde am 31. Oktober die Frage des Ueberganges zur Berechnung des Lohnes in Goldmark mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingehend durchgesprochen. Es ergab sich in einer Reihe von Fragen Uebereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen. wenn es auch nicht gelang. eine volle Einigung zu erzielen. Eine Fortsetzung der Besprechungen ist in Aussicht genommen. Der Reichsarbeitsminister selbst ist der Ansicht, daß an die Frage der Umstellung der Löhne in Gold, die für das Gelingen der Währungsreform von größter Bedeutung ist, von allen Beteiligten mit äußerster Sorgfalt und Sachlichkeit herangetreten werden müsse. Wenngleich nicht mehr bestritten werden kann, daß auch auf dem Gebiete der Lohnberechnung der Uebergang zur Goldberechnung grundsätzlich berechtigt ist, so muß doch der Zeitpunkt der Einführung unter Berücksichtigung der besonderen Lage der einzelnen Industrie- und Gewerbezweige vorsichtig gewählt werden. Die Höhe der Goldlöhne kann nicht durch Umrechnung der derzeitigen Papiermarklöhne nach einem Zufallskurse ermittelt werden; sie ist vielmehr unter genauer Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse im Einzelfalle sorgfältig zu prüfen. Bei dem derzeitigen Stande der Gütermenge und Gütererzeugung werden die Friedenslöhne nicht erreicht werden können. Mit der Verarmung unserer Wirtschaft, auf die sich das gesamte Volk einstellen muß, werden auch die Arbeiter rechnen müssen. Daß die Auszahlung der Löhne in wertbeständigen Zahlungsmitteln nur nach und nach und zwar gemessen an der Zunahme dieser Zahlungsmittel im Verkehr erfolgen kann, darauf hat der Reichsarbeitsminister schon früher hingewiesen.

Auflösung von fünf preußischen Universitäten.

Wie von zuverlässiger Seite gemeldet wird. stellt die preußische Regierung im Zusammenhang mit dem Abbau des Beamtentums Erwägungen an, auch mehrere Universitäten stillzulegen. Es sind dabei folgende Universitäten in Betracht gezogen: Frankfurt a. Main, Münster, Halle, Marburg und Greifswald. Eine amtliche Bestätigung liegt bisher noch nicht vor.

Der Danziger Gulden.

Mit dem 29. Oktober ist in Danzig die neue Währung des Guldens eingeführt worden. Der Danziger Gulden hat den Wert von 1/25 des englischen Pfund Sterling, das als Grundlage der neuen Währung gilt. Da die Reichsmark nicht mehr notiert wird, hofft man, daß sie sehr rasch aus dem Verkehr verschwinden wird. Da der Danziger Gulden auf dem englischen Pfund begründet ist, d. h. auf Pfundguthaben des Danziger Staates bei der Bank von England, so ist sein Kurs ebenso sicher wie der des englischen Pfundes und die kleinen Schwankungen des Guldens gegenüber dem Dollar sind genaue Abspiegelungen der unbedeutenden Schwankungen des Pfundes gegen den Dollar. Jedermann kann in Danzig zu jeder Zeit für 25 Danziger Gulden einen Scheck auf London über 1 englisches Pfund erhalten. Spekulantenkreise in Danzig bemühen sich, wie die „Dz. N. N." mitteilen, durch allerlei dunkle Machenschaften und Verbreitung törichter Gerüchte den Kurs des Guldens ins Schwanken zu bringen, um Gelegenheit zur Spekulation zu haben. Ebenso versucht auch die „Agencja Wschodnia" die Sicherheit des Guldens in Zweifel zu ziehen, ein Unternehmen, dessen Zweck unklar ist. Der Gulden ist tatsächlich voll durch englische Pfund gedeckt und bietet nicht den geringsten Anlaß zu Besorgnissen.

Die türkische Verfassung einstimmig beschlossen.

Aus Angora wird berichtet, daß die Einrichtung sowie das organische Statut des Staates und die Proklamierung der Republik sowie die Wahl Mustapha Kemal Paschas zum Präsidenten der Republik von den 155 Deputierten der Nationalversammlung einstimmig beschlossen worden ist.

Sowjetrußland.

Rußlands Wirtschaft in Zahlen.

Auf einer kürzlich abgehaltenen Sitzung des staatlichen Planausschusses machte der russische Wirtschaftsstatistiker Gromann eine Reihe interessanter statistischer Angaben über die Wirtschaftslage Rußlands im abgelaufenen Wirtschaftsjahr. Nach Schätzungen von Gromann auf Grund der amtlichen Statistiken betrug die Bruttoproduktion der russischen Landwirtschaft im Jahre 1922/23 (gerechnet vom 1. Oktober des vergangenen Jahres bis zum 1. Oktober d. Js.) 3440 Millionen Warenrubel (der Warenrubel, der die Kaufkraft eines Vorkriegsrubels ausdrückt, wird durch das statistische Zentralbureau des Arbeitskommissariats und die Staatsplanverwaltung auf Grund der Presse für die wichtigsten Erzeugnisse berechnet; er betrug am 1. Oktober d. Js. 594,01 Rubel der Ausgabe 1923), wogegen die Nettoproduktion (die Bruttoproduktion abzüglich der Unkosten) 3100 Millionen Warenrubel war (was 52 Prozent der Vorkriegsproduktion ausmacht). Was dagegen die industrielle Produktion anbetrifft, so wird dieselbe folgendermaßen von Gromann eingeschätzt: Bruttoproduktion 2625 Millionen Warenrubel und Nettoproduktion 950 Millionen Warenrubel (was 45 Prozent der Vorkriegsproduktion ausmacht). Die Produktionszahlen von Gromann sind mit einem gewissen Vorbehalt aufzunehmen, besonders gilt dieses für die Nettoproduktion der russischen Industrie, da es fraglich erscheint, daß dieselbe bei den hohen Unkosten eine Nettoproduktion von 45 Prozent der Vorkriegsproduktion erzielt haben sollte. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter gibt Gromann mit 1 476 000, gegenüber 2 598 000 im letzten Vorkriegsjahr an; der monatliche Durchschnittslohn eines Arbeiters betrug 12 Warenrubel gegenüber 22 im Jahre 1913. Das Staatsbudget ist nach Gromanns Angaben im abgelaufenen Wirtschaftsjahr bedeutend stabiler geworden, so haben sich die Staatseinnahmen um 50 Prozent erhöht, wobei der Anteil der Emission bei der Deckung des Defizits sich beinahe um die Hälfte verringert hat. Die Umsätze des Innenhandels betrugen 812 000 000 Warenrubel. Die Umsätze des Außenhandels, die durch ein Anwachsen des Exportes gekennzeichnet werden, ergeben sich aus folgenden Zahlen: 214 Millionen Warenrubel Export und 183 Millionen Warenrubel Import. Zusammenfassend erklärte Gromann, daß das abgelaufene Wirtschaftsjahr durch die verhältnismäßig niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produkte und hohen Preise für Industrieerzeugnisse gekennzeichnet wird: so sind die Preise für landwirtschaftliche Produkte vom 1. September des vergangenen Jahres bis zum 2. September d. Js. um 44 Mal im Preise gestiegen, wogegen die Steigerung für Industrieerzeugnisse 137 Mal betrug.

Herabsetzung der Warenpreise in Rußland.

Im Zusammenhang mit der großen Spanne zwischen den hohen Preisen für industrielle Erzeugnisse und den niedrigen für landwirtschaftliche Produkte macht sich immer mehr eine Absatzkrise der russischen Industrie bemerkbar, die dazu geführt hat, daß eine Reihe von Syndikaten und Trusts die Preise für ihre Fabrikate herabgesetzt haben. So hat beispielsweise das Textilsyndikat in der letzten Zeit die Preise um ungefähr 10 Prozent herabgesetzt. Da die Absatzkrise anhält, so ist mit weiteren Preissenkungen zu rechnen. Die Absatzkrise wird durch die Schwierigkeiten in der Geldbeschaffung und Krediteinschränkungen seitens der Banken noch mehr verschärft.

Trotzki gegen die „agitatorische Schablone" der Presse.

Zum Jahresfest des Moskauer Instituts für Journalismus hat Trotzki, wie der Ost-Expreß meldet, an die Festteilnehmer einen Brief gerichtet, in welchem er die Wichtigkeit der Zeitungsarbeit im politischen Kampf der Gegenwart erörtert und daran die Mahnung knüpft, die abgenutzte „agitatorische Schablone" aus den Spalten der Blätter zu verbannen; die Aufgabe der Press sei es, der Avantgarde der Arbeiter „ein Erleben der Zeitereignisse in ihrer realen und geschichtlichen Wirklichkeit" zu ermöglichen.

Arbeitsmarkt

Ausschneiden! — Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat November 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....





Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch,	7. 11., um 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen“,** Oper v. Offenbach.
Donnerstag,	8. 11. um 7½ Uhr: **„Cavalleria Rusticana“,** Oper v. Mascagni und **„Bajazzo“,** Oper von Leoncavallo.
Freitag,	9. 11., um 7½ Uhr: **„Die toten Augen“,** Oper von d'Albert.
Sonnabend,	10. 11., um 7½ Uhr: **„Cavalleria Rusticana“,** Oper v. Mascagni und **„Bajazzo“,** Oper von Leoncavallo.
Sonntag,	11. 11., nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: **Vorführung der „Tanzkunst.“**
„	Abends 7½ Uhr: **„Carmen“,** Oper von Bizet.



Aus Stadt und Land.

Posen, 7. November.

Die Posener Ausstandsbewegung.

Am Dienstag hat die Posener Polizei, wie der „Przegl. Por." zu melden weiß, in den Räumen der Berufsverbände in der ul. Pocztowa 4 (fr. Friedrichstr.), die der Zentralkommission in Warschau unterstehen, und im Sekretariat der Sozialistenpartei Revisionen vorgenommen. Es wurden angeblich ungefähr 200 Aufrufe beschlagnahmt, in denen zum Generalstreik aufgefordert wird. Haussuchungen fanden auch in der Wohnung des Verbandssekretärs Kowalewski, der auch Stadtverordneter ist, und bei Konstanty Bociong, einem Mitgliede des Hauptvorstandes der Metallarbeiter, statt. Kowalewski und Bociong sind beide verhaftet worden. Die Wohnung des Stadtverordneten Turtoń wurde ebenfalls durchsucht.

Vorschußzahlung auf die Vermögenssteuer.

Das Finanzministerium gibt bekannt, daß auf Grund des Art. 32 des Vermögenssteuergesetzes die Steuerzahler als Vorschuß auf diese Steuer in der Zeit vom 10. November bis 10. Dezember 1923 ohne besondere Benachrichtigung die nachfolgenden Beträge zu zahlen haben:

1. Steuerzahler, die als Staatszuschläge zu den Grund- und Gebäudesteuern (Gesetz vom 15. Juni 1923, Dz. Ust. R. P. Nr. 65, Abs. 505) Beträge von 150 000 bis zu 600 000 Mk. zahlen, die einmalige volle Summe dieser Zuschläge, die auf das erste Halbjahr 1923 entfällt. Steuerzahler mit Beträgen von 600 000 bis 1 000 000 Mark — die zweifache Summe, Steuerzahler mit Beträgen über 1 Million — die dreifache Summe, in derselben Weise berechnet.

2. Gewerbesteuerzahlende: die zweifache volle Summe der Gewerbesteuer für das erste Halbjahr 1923 von Gewerbeunternehmen der ersten sechs Kategorien und von Handelsunternehmen der ersten zwei Kategorien; die einmalige volle Summe zahlen freie selbständige Berufsbeschäftigungen sowie Gewerbeunternehmen der siebenten Kategorie und Handelsunternehmen der dritten Kategorie.

Zahlungsaufforderungen in individueller Form ergehen nicht. Über die Höhe der Vorschüsse können sich die Steuerzahler durch die Steuerlisten informieren, die zur öffentlichen Einsicht auf den Gemeindeämtern bzw. Kreisausschüssen ausgelegt werden. Juristische Personen, die zur öffentlichen Erklärungsabgabe verpflichtet sind, können, sofern sie als Vorschuß ein Vielfaches der Gewerbesteuer zahlen, über die Höhe dieser Vorschüsse Erkundigungen bei den zuständigen Kassenbehörden einziehen. Die Vorschüsse können nur bei den Kassenämtern eingezahlt werden, und zwar direkt oder durch die Post (P. K. O.). Reklamationen wegen Berechnung der Vorschüsse sind durch das Gesetz nicht vorgesehen. Nicht rechtzeitig eingezahlte Vorschußbeträge werden zwangsweise mit den Verzugsstrafen und Vollstreckungskosten eingezogen, wie es das Gesetz vom 9. März 1923 betr. Verzugsstrafen und Vollstreckungskosten vorsieht (Dz. Ust. R. P. Nr. 31, Abs. 198).

Die Pommerellische Kaufmannschaft über die Wirtschaftskrise.

In den letzten Tagen fand in Graudenz die 4. Jahresversammlung der pommerellischen Kaufmannschaft statt. Die Versammlung faßte in Sachen der Wirtschaftskrise und der Teuerung folgende Entschließung:

Die Versammlung stellt fest, daß in Verbindung mit der allgemeinen Lage der polnische Handel sich im Zustande einer sehr schweren Krise befindet, die hervorgerufen ist durch den katastrophalen Sturz der Mark, und daß eine weitere Passivität der Regierung gegenüber den Forderungen des Einzelhandels ein vollständiges Verschwinden der Kräfte in den Stätten unserer Arbeit zur Folge haben würde, die durch jahrzehntelange Arbeit geschaffen worden sind. Indem die Versammlung die Erhaltung des Handels nicht nur als ihre eigene Sache ansieht, sondern in gleichem Maße als Sache der Allgemeinheit und des Staates, erhebt sie folgende Forderungen:

1. Es muß offen erklärt werden, daß die Hauptursache der jetzigen Wirtschaftskrise die Inflation der polnischen Mark bildet, und daß die Teuerung nur eine Erscheinung dieser Ursache ist, die hervorgerufen wird durch das Mißverhältnis zwischen den Kaufpreisen und den Einkünften breiter Schichten, welche letzteren mit nicht wertbeständigem Gelde bezahlt werden, sondern mit Umlaufzeichen, die stetig im Werte fallen.

2. Der Kampf gegen die Teuerung muß daher ein Kampf sein mit dem kranken Gelde und nicht ein Kampf mit dem legalen Handel, der gerade wegen der Wertverminderung des Geldes sich immer teuerer eindecken und dementsprechend teurer verkaufen muß. Die Kaufmannschaft wird gern die Regierung in allen Maßnahmen unterstützen, die darauf abzielen, die Inflation aufzuhalten, denn sie ist davon überzeugt, daß die Stabilisierung des Geldes die Teuerung beseitigen wird.

3. Die Kaufmannschaft fordert von der Regierung eine klare Stellungnahme zu der Frage, welches unter solchen Umständen der ehrbare Gewinn des Kaufmanns ist; diese Stellungnahme ist eine notwendige und gerechte Ergänzung des Gesetzes betr. den Kampf gegen den Wucher, bei dessen Verabschiedung eine solche Devalvation nicht vorausgesehen wurde. Eine Aufstellung der Preise, die nicht mit der Devalvation des Geldes rechnet, muß ipso facto zum vollständigen Ausverkauf des Handels führen, was schon in bemerkenswerter Weise in Pommerellen eingetreten ist und was niemandem Nutzen bringt, sondern die gesunden und kräftigen Arbeitsstätten vernichtet zum Schaden vor allem des Staates. Die Kaufmannschaft ist gern bereit, sich mit einem erheblich niedrigeren Gewinn als vor dem Kriege zufrieden zu geben. Sie muß indessen bei ihrer Kalkulation den Sturz der Mark berücksichtigen und den Grundsatz beobachten, beim Einkauf und Verkauf den Preis des wirklichen Wertes zu zahlen. Anderenfalls wird der Handel gerade in die Hände der Spekulanten gedrängt, und anstatt des normalen Warenumsatzes wird der Handel sogar zu unproduktiven Investitionen gezwungen, die aber im Ergebnis noch immer gewinnbringender sind als der Gewinn, den die Berufsarbeit abwirft. Die pommerellische Kaufmannschaft will weiter von der Spekulation sich fernhalten und tätig bleiben bei den ihr liebgewordenen Stätten der Arbeit, was indessen gerade von dem Standpunkt abhängt, den zu dieser Forderung die Regierung einnimmt.

4. Die Versammlung stellt auf Grund einer in den 31 Ortsgruppen des Verbandes angestellten Enquete fest, daß im Vergleich mit der Vorkriegszeit die Statistik über den Handel folgendes ergibt: a) Warenumsatz 25—30 Prozent, b) Kapital in Warenlagern 35 Prozent, c) Zahl des beschäftigten Personals 33 Prozent.

Diese Zahlen zeigen zur Genüge, daß mit wenigen Ausnahmen das Gros des Handels in Pommerellen sich weit unter der Vorkriegsnorm befindet, und daß man nicht früher an eine weitere Ausdehnung des Handels mit Rücksicht auf die geographische Lage Pommerellens denken kann, als bis dieser Handel auf seine normalen Maße zurückgeführt ist.

5. Als eines der Mittel zur Sanierung dieser Lage hat die pommerellische Kaufmannschaft gelegentlich ihrer Zusammenkunft in Form einer Genossenschaft ein eigenes Kreditinstitut geschaffen, das nicht auf Gewinn berechnet ist, sondern nur die Beschaffung von Kredit für die Mitglieder zum Zweck hat. Die Versammlung fordert für diese Bank die Devisen- und Kreditrechte unter denselben Bedingungen, wie sie andere Kreditinstitute haben werden.

6. In der Erwägung, daß in diesem Augenblick der Handel nicht geschwächt werden darf dadurch, daß man das Antialkoholgesetz in seiner jetzigen Form ins Leben ruft, fordert die Versammlung die Regierung auf, die dem Sejm vorgelegte Novelle zu diesem Gesetz abzuwarten, die gewisse notwendige Erleichterungen bringt, die aber dem eigentlichen Gesetz keinen Abbruch tun.

6a. Die Versammlung wendet sich im Namen ihrer Kolonialsektion an die Regierung, diese möchte dahin wirken, daß in dem Zucker- und Salzpreise eine gewisse Stetigkeit Platz greift, da es sich um zwei außerordentlich wichtige Konsumartikel handelt. Beide Artikel sind einheimische Produkte, und ihre ständige Preissteigerung an der Quelle führt zur Mißstimmung unter den Konsumenten, die sich unrechtmäßigerweise gegen die Kaufmannschaft wendet. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Preise dieser Artikel zum mindesten für die Dauer eines Monats feststehen müßten.

7. Die Versammlung fordert den Handelsminister auf, die Forderungen der pommerellischen Kaufmannschaft im Schoße der Regierung zu unterstützen, und betont nochmals, daß diese Forderungen vor allem diktiert sind durch den Wunsch, den Handel zur Blüte zu führen im allgemeinen Interesse des Staates.

Auszüge aus dem Standesamtsregister unterliegen einer Stempelabgabe nicht; doch unterliegt der Antrag auf Erteilung einer Urkunde, ganz gleich, ob er mündlich oder schriftlich gestellt wird, einer Stempelgebühr von 120 000 M.

Feiertagsurlaube für Soldaten. Die Militärbehörde hat folgendes angeordnet: Soldaten römisch-katholischer Konfession erhalten Urlaub zu Weihnachten und zu Ostern, ebenso die Soldaten griechisch-katholischer Konfession. Den Soldaten evangelischen Glaubensbekenntnisses wurde außerdem noch der Karfreitag als Urlaubstag freigegeben.

Neuer Chauffeurtarif. Seit dem 1. November gilt in der Stadt Posen ein neuer Chauffeurtarif, und zwar erhalten Chauffeure mit dem Fahrschein aus dem Jahre 1914 einen Monatslohn von 23 582 000 M., alle anderen von 17 496 000 M.

X **Abermalige Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.** Die Posener Straßenbahn erhöht den Preis für die Einzelfahrt vom 8. November ab auf 20 000 Mark. Ein entsprechender Antrag liegt der Stadtverordnetenversammlung heut zur Beschlußfassung vor und dürfte auch angenommen werden.

Vorträge und Kurse. Die von der Historischen Gesellschaft angekündigte Vortragsreihe über den polnischen Wortschatz (Dr. Loewenthal) findet im Konfirmandensaal der Paulikirche statt (Donnerstag 5—6). Beginn am 8. November.

Konzerte der nächsten Tage. Am Donnerstag, dem 8. November, spielt im großen Saal des Evang. Vereinshauses der junge Pianist Stanisław Niedzielski Werke moderner Komponisten (Scott, Ravel, Debussy, Szopski, Rogowski, Różycki, Wielhorski). Kartenvorverkauf in der Zigarrenhandlung W. Górski (Hotel Monopol). — Die Geigerin Marja Szrajber spielt am Sonnabend, dem 10. November, im großen Saal des Evangelischen Vereinshauses Werke von Conus, Gossec, Ravel, Rameau, Suk, Tartini. Am Klavier Prof. Władysław Raczkowski. Kartenvorverkauf bei W. Górski (Hotel Monopol).

Die Deutsche Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung in Posen hält am Sonntag, 11. d. Mts., nachm. 5 Uhr, bei Fiedler, Górna Wilda 47 (fr. Kronprinzenstraße) ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Nach der Versammlung geselliges Beisammensein.

Beschlagnahmte Diebesbeute. Im 2. Polizeikommissariat an der Großen Gerberstraße wurden einem Manne ein schwarzer Herrenüberzieher auf Seidenfutter mit Samtkragen und ein grauer Raglanmantel mit schwarzen Streifen abgenommen, die beide offenbar gestohlen sind. Ferner befindet sich auf demselben Kommissariat ein grün-schwarz karriertes Shawltuch, das vermutlich auf dem Jersitzer Wochenmarkt von einem ländlichen Fuhrwerk gestohlen worden ist.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einer Wohnung in der ul. Dąbrowskiego 44 (fr. Große Berliner Straße) ein goldener, A. H. 1905 gezeichneter Trauring im Werte von 15 Millionen Mark; aus einem Geschäft an der ul. Kraszewskiego 30 (fr. Hedwigstraße) nach dem Einschlagen der Schaufensterscheibe für 5 Millionen Mark Seife und Parfüms; ein vor einem Laden in der ul. Wrocławska (fr. Breslauer Straße) stehendes Fahrrad, der Dieb wurde in der Person eines Władysław Czarnecki ergriffen und das Fahrrad ihm wieder abgenommen; aus der Eisenhandlung in der ul. Wrocławska 14 (fr. Breslauer Straße) 38 Dutzend Schlösser, 5 Äxte, 10 Millionen Mark bares Geld, im Gesamtwerte von 40 Millionen Mark; aus einer Gastwirtschaft am Alten Markt ein Anzug, eine Brieftasche, ein silbernes Zigarettenetui, 900 000 M. poln., 5 Franks, 2 Dollars im Gesamtwerte von 20 Millionen Mark.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 3 Obdachlose, 15 Dirnen, 4 Frauenzimmer wegen Verdachts der Unzucht, 1 Betrunkener, 4 Personen zur Feststellung ihrer Personalien, 4 wegen Verdachts des Diebstahls.

Besitzwechsel.

* **Gorzno, Kr. Strasburg,** 6. November. Der Besitzer Otka in Abbau-Gorzno hat seine 100 Morgen große Besitzung mit lebendem und totem Inventar sowie Erntevorräten für zwei Milliarden Mark verkauft.

---

* **Birnbaum,** 6. November. In diesen Tagen sind die jungen Landwirte, welche die Landwirtschaftliche Winterschule besuchen, hier eingetroffen. Die Schule ist gestern eröffnet worden.

* **Bromberg,** 6. November. Am Sonnabend abend bemerkte auf der Fahrt von Crone a. B. (Koronowo) nach Bromberg ein Beamter der Kreisbahn, daß aus einem Waggon zwei Sack Mehl und eine Kiste mit Spirituosen gestohlen worden waren. Von dem Kreisbahnhof Bromberg aus fuhren die Beamten daher zurück und sahen auch am Walde bei Oplawitz die beiden gestohlenen Säcke mit Mehl stehen. Als sie sie holen wollten, wurden sie aber beschossen und mußten sich wieder zurückziehen. Nachdem sie dann Verstärkung herangeholt hatten, gelang es ihnen, die Säcke wieder zu holen; die Kiste mit den Spirituosen war jedoch schon fortgeschleppt.

□ **Kolmar i. P.,** 6. November. Auf Veranlassung der Hausbesitzer Kelm und Manthey wurde am Sonntag nachmittags in Jankendorf im Reinkeschen Gasthause eine große Kaffeetafel abgehalten, an der gegen 100 Damen und Herren teilnahmen. U. a. war der Gartenbau-Direktor Reissert aus Posen erschienen, um einen Vortrag über Tagesfragen aus dem Gebiet des Obst-, Garten- und Weinbaus zu halten. In 1½ stündigen humorvollen Ausführungen erschöpfte der Vortragende das Thema, so daß jeder Hörer voll befriedigt war. Nach der Kaffeetafel fand ein Tänzchen statt.

* **Lojewo bei Montwy,** 6. November. Auf dem Wege von Lojewo nach Ostrowo überfielen vor einigen Tagen einige rohe Burschen aus Lojewo einen gewissen Herrn N. und schlugen ihn mit Gummiknüppeln bis zur Bewußtlosigkeit. Sodann gingen die Rohlinge nach Lojewo und schlugen dort einen anderen Einwohner, der gerade vor seinem Hause stand.

p. **Mur.-Goslin,** 6. November. Heute wurde in einer Feldscheune bei Łopuchowo die schon stark verweste Leiche eines etwa 30jährigen Mannes aufgefunden. Sie hat blondes Haar und war bekleidet mit Drillichbeinkleidern und einem farbigen Nesselhemd. Außerdem wurde an einer anderen Stelle

---

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(38. Fortsetzung.)

Johanna saß noch mit Swendholm an der Arbeit, als der Richter eintrat. Der Kommissar war sofort in die oberen Räume gegangen.

Sie sah ihn traurig an.

„Sie kommen schon wieder zu mir?"

Der Richter winkte Swendholm, ihn mit Johanna allein zu lassen, dann nahm er Uhr und Schlüssel heraus und hielt ihr beides vor die Augen. Darauf war sie nicht vorbereitet, und sie konnte den Schreck nicht verhehlen.

„Sie kennen die beiden Dinge? Die Uhr des Herrn Bruhns und den Schlüssel? Wollen Sie leugnen, daß Sie beides beseitigt haben?"

Sie kämpfte einen Augenblick mit sich selbst, dann richtete sie sich auf.

„Ich bin zu stolz, um zu lügen."

„Sie geben also zu, daß Sie die Uhr im Tresor gefunden haben?"

„Ja."

„Und haben sie mit dem Schlüssel in jenen Schacht versenkt?"

„Ja."

„Sie sind also Mitwisserin der Tat?"

„Nein. Als ich zuerst von jenem schändlichen Verdacht hörte und annehmen mußte, daß Vater auf lange Zeit fort sei, ging ich natürlich zu jenem Tresor und prüfte seinen Inhalt."

„Da fanden Sie die Uhr?"

„Ja."

„Und sahen selbst in ihr einen Schuldbeweis?"

„Mein Vater mag mir verzeihen, ja! Darum versenkte ich die Uhr im Schacht."

„Und weshalb den Schlüssel?"

„Damit man nicht annehmen könnte, ich hätte dort Dinge gefunden und beseitigt."

„Klug ausgedacht, aber leider oder vielmehr glücklicherweise vergebens. Was haben Sie sonst noch gefunden?"

„Nichts, ich würde es auch versenkt haben, wenn ich etwas gefunden hätte. Übrigens ist es jetzt ja anders. Es ist ja inzwischen erwiesen, daß die gefundene Leiche nicht die meines Onkels ist."

„Trotzdem ist die Frage offen, zumal sich bei der Leiche das Eigentum des Herrn Dieter Bruhns fand."

„Ich kann Ihnen nichts mehr sagen."

Kommissar Wendter trat ein, der Richter sah seinem Gesicht an, daß sein Gang nicht vergebens gewesen.

„Ich habe das Geständnis Silvester Bruhns."

Auch der Richter staunte.

„Ich habe diesen Brief des Herrn Silvester Bruhns im Schreibtisch des Fräuleins gefunden."

Johanna fuhr auf. Sie hatte den teuren letzten Brief des Vaters in den letzten Tagen, in der Meinung, nun sei die Gefahr vorüber, wieder hervorgesucht. Der Richter las, dann sagte er streng: „Was können Sie hierzu äußern?"

„Daß ich mich sehr wundere, daß die Polizei sogar die Geheimnisse eines Mädchenschreibtisches nicht achtet."

Der Richter schüttelte unwillig den Kopf.

„Wollen Sie in Abrede stellen, daß dies ein klares Geständnis ist? Ihr Vater bezichtigt sich in klaren Worten der Schuld an dem Tode seines Bruders."

„Nicht wie Sie denken. Sie wissen, daß wir alle bisher annahmen, und ich tue es nach der herrlichen Entdeckung des Herrn Dr. Schlüter auch heute, daß mein Onkel mit einem Schiff untergegangen ist, das er in jener Nacht in Bremerhaven bestieg. Mein Vater hat ihn zu einer gefährlichen Reise veranlaßt. Deswegen hält er sich nun verantwortlich für seinen Tod."

Der Richter lächelte ironisch.

„Sie hätten Rechtsanwalt werden sollen, Fräulein Bruhns. Und wie erklären Sie die Uhr im Tresor?"

„Dafür habe ich selbst keine Erklärung. Wäre mein Vater hier, er würde sie wissen."

„Das ist wenigstens ehrlich."

Johanna brauste auf! „Das verbitte ich mir! Unehrlich wird eine Tochter Silvester Bruhns nie sein!"

Der Richter mahnte. „Ich würde Ihnen vorschlagen, den Kopf nicht allzu stolz zu tragen. Hochmut kommt vor dem Fall, ist ein altes Sprichwort, und Sie haben sich durch Beseitigung wichtiger Beweisstücke unleugbar strafbar gemacht."

„Vielleicht wollen Sie mich auch noch verhaften?"

„Darüber kann ich im Augenblick nicht entscheiden. Ich werde mit dem Herrn Staatsanwalt beraten. Der voraussichtliche Zusammenbruch Ihrer Firma ließe immerhin eine Flucht nicht unwahrscheinlich erscheinen."

„Ich muß Sie bitten, sich auf Dinge zu beschränken, die dem Gerichte zukommen. Die Firma wird nicht zusammenbrechen."

Der Richter hatte ein ironisches Gesicht.

„Ich will es wünschen."

Dann fuhr er ernst fort: „Sie dürfen jedenfalls vorläufig das Haus nicht verlassen und stehen unter Aufsicht."

„Ich habe dieses Haus seit der Abreise meines Vaters nicht verlassen und werde es auch in Zukunft nicht tun. Ich bin auch damit einverstanden, daß Sie einen Schutzmann an meinen Schreibtisch setzen. Einer Verhaftung widersetze ich mich, denn ich bin jetzt in jeder Stunde hier im Geschäft nötig, und Sie haben kein Recht, wegen eines hinfälligen Verdachts auch noch die Firma meines Vaters zu ruinieren, wie Sie es mit seiner Ehre getan haben."

Sendlin sagte ernst: „Ich will Ihnen das Unpassende Ihres Benehmens nicht nachtragen, aber ich habe Sie darauf aufmerksam zu machen, daß es allein Sache des Gerichtes ist, zu entscheiden, was es darf oder nicht."

„Und mir bitte ich die Entscheidung darüber zu überlassen, wie ich mich benehme. Ich denke, das weiß ich."

„Gut also, Sie werden erfahren, was das Gericht beschließt, und haben sich zu dessen Verfügung zu halten." —

Draußen sagte der Richter: „Ein verteufelter Schlag diese Hansatöchter. Wenn es not tut, werden sie zu Männern. Wer hätte das in der stillen Johanna gesucht"

(Fortsetzung folgt.)

eine dem Toten gehörende Weste vorgefunden und eine deutsche Quittungskarte auf den Namen Neumann, von Beruf Böttcher oder Bäcker. Ob ein natürlicher Tod oder ein Verbrechen vorliegt, hat sich bisher nicht feststellen lassen.

* **Nakel**, 6. November. **Beim Rangieren tödlich verunglückt** ist dieser Tage ein Arbeiter in der Nähe der hiesigen Zuckerfabrik. Ihm wurden beide Beine abgefahren. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er nach dem Kreiskrankenhause Wirsitz übergeführt, verstarb aber bald nach seiner Einlieferung.

* **Neutomischel**, 5. November. **Ein tödlicher Unglücksfall** ereignete sich am Freitag vormittag in **Papiermühle**. Der Mühlenbesitzer **Jaensch** fiel vor sein eigenes Fuhrwerk und wurde so unglücklich überfahren, daß er schwere Verletzungen davontrug, die den sofortigen Tod herbeiführten.

* **Zirke**, 2. November. Auf dem letzten **Wochenmarkt** waren im Vergleich zum vorigen Donnerstagmarkt die Preise durchweg um 30 bis 50 Prozent gestiegen, und der **Tauschhandel mit Lebensmitteln** gegen andere Bedarfsgegenstände hat immer mehr den Kauf gegen Scheine verdrängt. Butter und Eier, wie auch Kartoffeln und Getreide wurden höher als in Posen gehandelt, meist 10 Prozent über Posen. — In einer der letzten Nächte hatten **Diebe** beim Abbaubesitzer **Friedrich** mehrere Zentner **Roggen** gestohlen und einen Teil davon im nahen Wäldchen versteckt. Da man das Versteck aufdeckte, so wurde in der nächsten Nacht unter Zuziehung der Polizei die Stelle beobachtet, und die Spitzbuben, zwei bekannte hiesige Langfinger, wurden abgefaßt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz**, 2. November. **Die Fälle von Unterleibstyphus mehren sich hier in erschreckender Weise.** In einer Konferenz machte der Leiter des Sanitätsamtes in Lodz, Dr. Stafzyński, die Anwesenden mit dem gegenwärtigen Stand der Krankheit bekannt. Im Stadtinnern ist die Cegielnianastraße am meisten bedroht, wo im Oktober 15 Fälle festgestellt wurden. Die Ursache der meisten Erkrankungen ist, wie Dr. St. betonte, der traurige Zustand der sanitären Verhältnisse in den Häusern, wo die Abortkanäle mit den Brunnen in Berührung kommen und dadurch das Wasser verpesten.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

Wien. Die in Wien am meisten gelesenen deutschen Zeitungen sind: Neue Freie Presse (deutsch-fortschrittlich), Wiener Montag-Journal (unparteiisch), Die Neue Zeitung (christlichsozial), Neues Wiener Journal (unparteiisch), Wiener Kronen-Zeitung (unparteiisch), Neues Wiener Tageblatt (demokratisch). Die Zeitungen sind nur direkt vom Verlage in Wien unter Streifband und gegen vorherige Überweisung der Abonnementsgebühren zu beziehen. Lassen Sie sich erst eine Probenummer kommen, und treffen Sie dann die Wahl selbst.

Handel und Wirtschaft.

Geldwesen.

≡ **Stabilisierung der deutschen Mark in kürzester Frist.** Halbamtlich wird gemeldet: Am Sonntag hat beim Reichsfinanzminister unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers eine eingehende Besprechung mit Sachverständigen über die **Markstabilisierung** stattgefunden. Zugrunde lag der Beschluß des Reichskabinetts, ein festes Mindestumrechnungsverhältnis zwischen einem wertbeständigen Wert und der Papiermark herzustellen. Es handelt sich dabei um eine begrenzte Papiergeldmenge, da bekanntlich mit dem Inkrafttreten der Rentenmark die Notenpresse zum Stillstand kommt. Die Sachverständigen haben die Absichten der Regierung einmütig als praktisch durchführbar bezeichnet und so bestimmte positive Vorschläge gemacht, daß eine endgültige Beschlußfassung der Reichsregierung in kürzester Frist erfolgen kann. Aus den Kreisen der Sachverständigen ist zugleich mit großem Nachdruck gefordert worden, daß gegen **ungenehmigtes Notgeld mit aller Schärfe eingeschritten** wird, und daß das genehmigte Notgeld nach anderweitiger Befriedigung des dringendsten Bedarfs an Zahlungsmitteln sofort eingezogen werden muß.

≡ **Danziger Zentralkasse Akt.-Ges.** Gestern ist von einer Gruppe Danziger Banken zur Schaffung eines vorläufigen wertbeständigen Zahlungsmittels in der Rechnungseinheit des Danziger Guldens die Danziger Zentralkasse Akt.-Ges. gegründet worden. Zweck des Unternehmens ist lediglich die **Ausgabe von Kassenscheinen** (Inhaberschuldverschreibungen) in Danziger Gulden und Pfennigen gegen Hinterlegung des vollen Gegenwertes in englischen Pfunden. Die Kassenscheine sollen jederzeit bei Entrichtung eines Betrages von mindestens 25 Gulden bei der Gesellschaft **in Schecks auf London einlösbar** sein.

Von den Aktiengesellschaften.

„La Pelisse" T. A. in Posen, Fabryczna 31. Durch notariellen Akt am 18. Juli 1923 ist unter obiger Firma eine Aktiengesellschaft gegründet worden, deren Arbeitsziel die Verwertung von Pelzen und Imitierung von Pelzen ist. Das Aktienkapital beträgt 700 Millionen nom. und ist von den Gründern übernommen worden. Die Bank Mieszczańtswa in Posen, die das Unternehmen finanziert, bietet die Aktien dieser Gesellschaft zu 50 000 Prozent an.

„Czersk" Zuckerfabrik Warschau gibt bekannt, daß die Bescheinigungen über Aktien II. Emission jetzt in Aktien umgetauscht werden können, und zwar ab 5. November 1923 in der Zeit von 11—2 Uhr in Warschau, Elektoralna Nr. 7. (M. P. 251).

„Wiepofana" T. A. in Posen. Die Generalversammlung findet am 26. November 1923, nachm. 5 Uhr im Bankhaus der Bank Poznański, 27. Grudnia 4, statt. Kapitalserhöhung. (M. P. 251).

R. Barcikowski T. A. in Posen. Die Generalversammlung findet am 22. November 1923, nachm. 4 Uhr in Posen, ul. Składowa 13, statt. (M. P. 251).

Bank Zjednoczony in Warschau. Das Kapital wird auf 5 Milliarden VI. Emission erhöht. Die Aktionäre erhalten auf jede alte Aktie 5 junge zu 2250 Mkp. pro Stück. Das Bezugsrecht erlischt am 3. Dezember 1923. Die jungen Aktien sind ab 1. 7. 1923 dividendenberechtigt. (M. P. 251.)

Rohn, Zieliński i Ska. S. A. in Warschau. Auf Beschluß der Generalversammlung vom 23. 10. ist das Aktienkapital auf 500 Millionen Mark nom. erhöht worden. (400 000 Stück V. Em. zu 500 Mkp. nom.) Die Aktionäre erhalten auf drei alte Aktien zwei Junge zum Preise von 20 000 Mkp. pro Stück. Die jungen Aktien sind ab 1. 11. 1923 dividendenberechtigt. Das Bezugsrecht erlischt am 30. Nov. 1923. (M. P. 251.)

Von den Märkten.

Polnischer Holzmarkt. Der Verfall der Polenmark bis zum 26. Oktober verursachte auf dem polnischen Holzmarkt ein weiteres starkes Anziehen aller Holzpreise. Die Nachfrage nach einzelnen Holzsorten ist nicht von großer Bedeutung, zum Teil geringer geworden. Die Holzindustrie steht vor immer größeren Schwierigkeiten bei ihren Holzbeständen. Die Nachfrage wird immer geringer, und die Preise steigen ins Unermeßliche. Bei einem Kurse für das engl. Pfund von 7 Millionen Mkp. wurde gefordert in Tausend Mkp. für Kiefer ungeschlagen 5000 und höher. Die Preise loko Waggon Verladestation waren bei geringem Geschäft: Kiefernklötze, unsort., gerade, in kleinen Partien 8500—9000 (25 cm Mitteldurchschn.), Tanne und Fichte, höher als 12 lang, 7500—7800, Kiefernlangholz zur Säge (16 cm) 5000—5500, Fichte und Tanne 4500—4800. Bedarf begrenzt. Telegraphenstangen (Kiefer) für den Export handelsüblich 4200—4500. Grubenholz bleibt zu stabilen Preisen. Für den Export 3300—3500, für das Inland 2800 bis 2900 und höher. Auf dem Danziger Holzmarkt erreichen Grubenhölzer 16 sh pro Festmeter loko Waggon. Espenholz in Blöcken für den Export 8500—9000, Inlandsfabriken zahlten für geringere Qualität 7000—7200, Kiefernholz zur Zellulosefabrikation 3000—3200. Eichenklötze, glatt und ohne Fehler, bei größerer Nachfrage 4000—4500, Eichenklötze zu Spezialzwecken ohne Fehler 9000 bis 10 000. Tischlereiche zum Export 14 000—15 000, bei geringem Bedarf. Fourniereiche 1. Kl. 21 000—23 000. Interesse in Frankreich, Holland, Belgien und Spanien. Eichene Telegraphenstangen handelsüblich 6500—7500, Tischlerklötze in guter Qualität bei fester Tendenz Ulme 7000—7500, Weißbuche 6800—7000, Birke 4000—4200, Pappel 5500—5800, Ahorn 6000—6500, Erle 5000—5500, Esche 8000—9000, Buche 4000—4500 bei Nachfrage für Buche, Esche und Erle. Exportmaterial ist teurer. Material für die Staatsbahn (P. K. P.) 550—600 loko Station, Kiefer für Export 950—1000, Sleepers 1900—2000, einzeln 950—1000, Eichenschwellen 1200—1250, Buche 800—900, belg. Schwellen (runde) 2000—2100, pro Stück. Eichendauben (Memel) 112 000—115 000, Eichenbinder 11 000—11 500. Sägehölzer: Kiefernbohlen, beschnitten, unsortiert (Deals und Battens) handelsüblich 17 500—18 500, desgl. Tanne und Fichte unsort. 12—15 Proz. billiger, Kiefer beschn., zu Bauzwecken nach engl. Bedürfnis 14 000—14 500, Tanne und Fichte 12 Proz. billiger. Madriers und Bastings nach Frankreich 16 000 bis 16 500. Kiefernbretter unbeschn. Inl. 10 000—10 500, beschn. für Zimmerei 7000—7200, Tanne und Fichte 6500—6600. Halbzöller zur Kistenfabrikation 8500—8600, Tanne billiger. Eichenbretter beschn., ausgew. Material zum Export 28 000—30 000 und höher, unbeschn. für das Inland 12 000—13 000. Tischlerbretter 2. Kl. 8000—9000. Brennholz, trocken, gemischt 18 000—20 000 für 10 000 Kg. loko Waggon. Die Gesamtsituation auf dem Holzmarkt ist unklar und unbeständig, die Tendenz weiter **abgeschwächt**.

Edelmetalle. **Warschau**, 5. November. (Freier Verkehr in Tausend Mkp.) Gold 1200—1250, Platin 6200—6500, Silberrubel 625, 1 Gramm Feinsilber 38.

Metalle. **Sosnowice**, 3. November. (1 Kilogr. in Tausend Mkp.) Handelsf. Eisen 65, Bandeisen kalt gewalzt 135, heiß gew. 76, Draht 82, Blech 94, Universaleisen 79, Hufnägel Nr. 8 (100 Stück) 1200. Zu diesen Preisen kommen noch die Zuschläge am Versandtag.

Baumaterial. **Warschau**, 5. November. (Loko Wagen 100 kg Versandstation). Gebr. Kalk 450—500 000 Mk. (Orientierungspreis).

Leder und Häute, 5. November. (In Tsd. Mkp. für 1 kg loko Fabrik). Sohlenleder mittel 1317, aus. leicht 1385, Brandleder 1428, schwarzes Juchten 2040, farbig pro Fuß 600, Schäfte 2000, Riemenleder schwarz und grau 1700, Kroupons 2210, Glanzleder 560 pro Fuß, Schweinejuchten 560—570, Boks 952.

Börse.

⌗ **Warschauer Börse v. 6. 11. 23.** Die heutige Börse stand im Zeichen stärker anziehender Tendenz. Am Devisenmarkt regere Nachfrage und weiteres Aufbessern der Kurse. Der Dollar notiert 1 780 000, das engl. Pfd. 7 850 000, der Schweizerfrank 316 000, der Goldfrank 340 000. Von den anderen Wertpapieren notiert die Miljonówka 35 000, die Złotybons 232 500, die Goldanleihe 1700. Auf dem Effektenmarkt wird aus Warschau stark anziehende Tendenz gemeldet, obgleich der Börsenzettel diese stark anziehende Tendenz in Zahlen nicht ausspricht. Die **Stimmung** für Effekten hat sich natürlich ganz bedeutend gebessert, und einzelne Werte gewinnen ziemlich hohe Kurse ohne abzubröckeln. Ein Teil der Papiere bleibt aber noch immer zurück, obgleich für diese Tatsache durchaus keine Berechtigung ist. Es notieren **Bankwerte**: Diskontowy 3800—4500, Przem. Lwowski 255—280, Zachodni 3500—4600, Związku Sp. Zarobkowych 1450—1600, Handlowy 1450—1600, Małopolski 550—525, Związku Ziemian 105—115. **Industriewerte**: Kiejewski 16—1785, Puls 165, Welt 300, Częstocice 21—21500, Wildt 185—190, Chodorów 22—2235, Michałow 6—575, Tow. Fabr. Cukru 39—3750, Grosławice 925—850, Cegielski 51—525, Modrzejów 49—5000, Norblin 1—1100, Fitzner u. Gamper 2150—1800, Parowóz 23—235, Pocisk 37—380, Starachowice 1850 bis 2050, Unja 32—3600, Ursus 6—730, Zieleniewski 76—7650, Żyrardów 230 bis 210000, Zawiercie 240000, Synd. Roln. 725—800, Haberbusch 3200—3800, Tkanina 33—38, Spiritus 940—1100, Nobel 6 bis 620, Siła i Światło 325—315, Przem. Naftowy 550—540, Polska Nafta 120—135, Mirkowska Fabr. Pap. 5—4500, Marymin 9—950. Nachbörslich hat das Interesse zugenommen.

⌗ **Am Warschauer Markt** der **nichtnotierten** Werte wurden am 5. November folgende Werte bei stärkerer Nachfrage gehandelt: Chybie 3750, Kujawy 30 000, Zbiersk 650, Zdumy 22 500, Pruszków 100, Gazy 16 500, Jaworzno 13 500, Kauczuk 105, Lechita 60, Opatówek 115—170, Kraj. Hurt. Herbaty 100, Lokomotywy 200, Przem. Terpentin 1. Em. 145—150, 2. Em. 100—105, Zagozdzon 1.—2. Em. 105—110, Dobrzyniewo 180—210—240, „Kraj" 400—500, Czempin 80, Wiór 40, Polski Jurotat 45, Polprod 80.

⌗ **Die Krakauer Börse** war am 5. November nicht ganz einheitlich, gegen Schluß wieder fest. Die in voriger Woche stärkeren Papiere haben etwas nachgeben müssen. Bank Związku Spółek verbesserte den Kurs bis 100 Punkte, erreichte aber noch immer nicht den Posener Kurs. Kaufaufträge ziemlich stark. Am Markt der **nichtnotierten** Werte war die Stimmung befestigt. Es wurden gehandelt: Jaworzno 12 500, groß 14 200—14 000, klein, ultimo 15 500 G., 16 500 Br., Gazy 14 500, Chybie 2900—3000 G. Silesia 2000, Lokomotywy 225. Nachbörslich geringere Bewegung. Kurse fest.

⌗ Die **P. K. K. P.** zahlte am 5. 11. für **Goldmünzen** (in Klammern **Silbermünzen**): Rubel 889 300 (591 300), Mark 411 700 (164 200), Krone 350 200 (137 100), lateinische Münzeinheit 333 500 (137 100), Dollar 1 729 000 (310 400), Pfund Sterling 8 413 200 (sh. 171 800), schwed. Krone 463 200 (197 100), holl. Gulden 694 900 (310 400), österr. Dukaten 3 954 800 (fl. 364 900) belgische und holländische Dukaten 3 945 600, türkische Pfund 7 583 300. 1 g Feingold 1 148 980 (32 850).

⌗ **Die polnische Mark am 5. November. Danzig**: 3.042—3.058 Auszahlung **Warschau** 3.092—3.108 (Parität 322 500). **Bukarest** Auszahlung **Warschau** 0.015 (Parität: 66 700). **Tschernowitz** Auszahlung **Warschau** 0.012 (Parität: 83 300). **London** Auszahlung **Warschau** 0.000 013 34 (Parität: 7 500 000).

⌗ **Wiener Börse v. 5. 11. 23.** (Poln. Werte in 1000 Kronen): Rakszawa 182, Bk. Hipoteczny 17.500, Browary 310, Mrągnica 195, Zieleniewski 250, Montany 170, Apollo 810, Fanto 4000, Karpathy 455, Galicja 23 700, Nafta 2600, Schodnica 1650, Lumen 75 950, Kolej Północna (Südbahn) 17 610, Lwów-Tschernowitz 360. Umsätze geringer bei merklich abgebröckeltem Kurs.

⌗ **Züricher Börse v. 5. 11. 23.** (Amtlich.) Warschau —, Newyork 5.63, London 25.11, Paris 32.40, Wien 0.007 925, Prag 16.45, Mailand 25.05, Brüssel 27.80, Budapest 0.0305, Sofia 5.15, Amsterdam 218, Christiania 83.90, Kopenhagen 96.50, Stockholm 148.40, Madrid 74.90, Bukarest 2.70, Berlin (1 Milliarde) —, Belgrad 6.55, Athen 8.50, Konstantinopel 3.25.

⌗ **Ostdevisen in Berlin, 5. 11. Auszahlung**: Bukarest 1 990 000 0000 G., 2 010 000 000 B. (5 %). Kowno 40 590 000 000 G., 41 410 000 000 (50 %). — **Noten**: Polnische Mark 339 000 G., 251 000 (8 %). Lettische Rubel 1 560 000 000 G., 1 640 000 000 B., Estnische Mark 1 130 000 000 G., 1 190 000 000 B., Litauen 39 850 000 000 G., 41 900 000 000 B. (50 %).

⌗ **Die Goldmark in Polen** am 7. 11. 23 errechnet aus dem Warschauer Dollarkurs (1 Dollar = 4.20 Goldmark) **424 500**.

Warschauer Vorbörse vom 7. November.

Deutsche Mark —.—. **Dollar** 1 760 000—1 780 000. **Englische Pfund** 7 900 000. **Schweizer Franken** 316 000. **Franz. Franken** 102 000.

Warschauer Börse vom 6. November.

Devisen:

Belgien	88 750—87 300	Paris	102 000—101 000
Berlin und Danzig	—.—	Prag	51 650—51 500
London	79 000 000—78 500 000	Schweiz	318 000—316 000
Neuyork	1 775 000—1 760 000 —1 780 000	Wien	25,00
		Italien	79 700
Holland	—,—	Złotybons	227 500—235 000 —232 500
Goldfrank	340 000		

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 7. November 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	4 100 000—4 300 000	Roggenkleie	1 350 000
Roggen	2 200 000—2 350 000	Hafer	1 800 000—2 000 000
Weizenmehl	7 600 000—7 800 000	Eßkartoffeln	850 000—880 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	4 100 000—4 300 000	Fabrikkartoffeln	750 000—780 000
		Roggenstroh, lose	140 000—170 000
Gerste	2 000 000	„ gepr.	280 000—340 000
Braugerste	2 600 000—2 800 000	Heu, lose	190 000—230 000
Weizenkleie	1 500 000	„ gepr.	380 000—460 000

Größere Vorräte, jedoch des Bargeldmangels wegen kleine Umsätze. Tendenz: fest.

Posener Viehmarkt vom 7. November 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder**: I. Sorte 12 800 000 M., II. Sorte 11 000 000 M., III. Sorte 9 000 000—10 000 000 M. — **Kälber**: I. Sorte 15 000 000 M., II. Sorte 12 000 000—13 000 000 M., III. Sorte 10 000 000 M.

II. **Schafe**: I. Sorte 11 000 000 M., II. Sorte 9 000 000 M.

III. **Schweine**: I. Sorte 23 000 000—24 000 000 M., II. Sorte 20 000 000—21 000 000 M., III. Sorte 16 000 000—18 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 24 Ochsen, 158 Bullen, 192 Kühe, 193 Kälber, 1267 Schweine, 175 Schafe, 30 Ziegen. — Tendenz: lebhaft.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.